

**Zeitschrift:** Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern  
**Herausgeber:** Historischer Verein des Kantons Bern  
**Band:** 59 (1975)

**Artikel:** Ulrich Dürrenmatt : ein schweizerischer Oppositionspolitiker  
**Autor:** Maurer, Theres  
**Kapitel:** 4: Parteipolitik, Entstehung der Bernischen Volkspartei, Dürrenmatts Stellung in der Partei  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1070966>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

#### 4. KAPITEL

### PARTEIPOLITIK, ENTSTEHUNG DER BERNISCHEN VOLKSPARTEI. DÜRRENMATTS STELLUNG IN DER PARTEI

Es ist unerlässlich, zuerst einen kurzen Überblick zu geben über die Parteiverhältnisse, wie sie sich uns zu Beginn der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts im Kanton Bern darbieten.

Vor allem müssen wir uns klar darüber sein, dass es damals noch keine straff organisierten Parteien gab. Während wir in den Städten wie Bern und Biel immerhin Ansätze zu einem wirklichen Parteileben finden, wurde in der Landschaft die Auslese der Kandidaten nach andern Gesichtspunkten getroffen. Gewählt wurden meist angesehene Bürger, die im Grossen Rat hauptsächlich ihre Lokalinteressen zu vertreten hatten. Nach Parteizugehörigkeit fragte man nicht lange. Ein grosser Vorteil für die herrschende Partei! Durch Entgegenkommen bei Wünschen auf Unterstützung bei Strassenbauten usw. gelang es ihr, die notwendigen Stimmen zu erhalten in Fragen, in denen sie ihr Grundsatzprogramm durchsetzen oder anderweitige wichtige Ziele erreichen wollte<sup>1</sup>. Wie sehr die Freisinnigen an diesem für sie idealen Zustande festhalten wollten, geht etwa aus der Rede hervor, welche Fürsprecher Fritz Bühlmann anlässlich der Proporzdebatte 1896 im Grossen Rat hielt: «... so halte ich dafür, die Verhältnisse im Kanton Bern,

<sup>1</sup> In seinen Politischen Erinnerungen und Erfahrungen gibt Hugo Dürrenmatt eine anschauliche Schilderung: Er erzählt, dass dem Vertreter von Grasswil ein hoher Beitrag an einen Strassenbau zugesagt wurde, obschon die Gemeinde nicht unbedingt auf kräftige finanzielle Unterstützung angewiesen war. Dafür hielt am selben Tag Grossrat Weber als Vertreter des Landes eine eindruckliche Rede zugunsten der Subvention für den Theaterneubau. (4f.) Und an anderer Stelle berichtet er: «Kam Einer als Neuling vom Land her in den Rat, so galt er gewissermassen ex officio als ‚Freisinnig‘ auch wenn bei seiner Wahl in seinem Wahlkreis die Parteizugehörigkeit gar keine Rolle gespielt hatte... Der Grossratsweibel nahm ihn einfach auf die freisinnige Fraktionsliste und zog ihm bei der ersten Taggeldauszahlung ohne viel zu fragen, den Fraktionsbeitrag ab und damit war er wohlbestalltes Fraktionsmitglied.» (A. a. O., 6.)

namentlich im alten Kanton, seien derart, dass die Folgen der Einführung des Proporz ganz unglückliche wären. Mit Ausnahme der Stadt Bern, wo wir ausgesprochene Parteien haben und wo ich das Begehren nach Proporz gar wohl begreife, und mit Ausnahme des Jura, wo ähnliche Verhältnisse obwalten, haben wir keine ausgesprochenen Parteien...» Er fuhr fort, dass er gegen die Einführung des Proporzsystems protestieren müsse, «weil man durch ein solches System künstlich Parteien schafft, welche nicht vorhanden sind und eine Parteileidenschaft hervorruft, wie in den 50er und 40er Jahren, ohne dass ein Bedürfnis da ist, und dass man aus den Vertretern des Volkes Parteivertreter macht, statt Vertreter der allgemeinen Interessen...»<sup>2</sup>

Wenn wir in den Zeitungsnummern der achtziger Jahre lesen, springt bald ins Auge, wie wenig sich die damaligen Zeitgenossen über die Parteibezeichnungen einig und im klaren waren. So kommt es vor, dass der eine Korrespondent unter dem Begriff «Liberale» die Konservativen verstanden wissen wollte, während ein anderer Einsender den Ausdruck «Liberale» auf die Radikalen anwandte<sup>3</sup>. Dieselbe Unsicherheit treffen wir in noch verstärktem Masse bei der Bezeichnung «freisinnig» an. In den ersten Jahren von Dürrenmatts publizistischer Tätigkeit ergibt sich immer erst aus dem Zusammenhang, wen er jeweils als «freisinnig» titulierte. Sicher sein können wir, dass er unter den «echt (oder wirklich) Freisinnigen» sich selbst und seine Gesinnungsgenossen verstand<sup>4</sup>. Allmählich ging allerdings auch Dürrenmatt dazu über, Klarheit in die Parteibezeichnungen zu bringen, vor allem seit der Gründung der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei (1888), der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz und der Katholischen Volkspartei (1894). Nun bezeichnete er mit liberal-konservativ den gemässigten Teil der Konservativen, mit liberal die gemässigten Freisinnigen und mit freisinnig die Radikalen und Liberalen. Noch lieber und häufiger verwandte er einfach die Begriffe «System» und «Systemspartei» für die herrschende radikale Partei, vor allem, wenn er verärgert war.

<sup>2</sup> TAGBLATT 1896, 44.

<sup>3</sup> Man vgl. z.B. die beiden Artikel «Liberalismus und Radikalismus», Be V 1882, 6 und «Briefe aus der Hauptstadt», Be V 1882, 27.

<sup>4</sup> Z.B. der Artikel «Systema redivivum II», Be V 1882, 45.

Im Kanton Bern gab es keine einheitliche konservative Partei. Es gab mehrere Gruppen – die stadtbernischen Konservativen, die Bernische Volkspartei, die Katholisch-konservative Partei im Jura –, welche sich in manchen politischen Fragen auf ein gemeinsames Vorgehen einigten und dabei recht respektable Erfolge zu erzielen vermochten. Noch öfter aber bekämpften sie sich gegenseitig und rivalisierten miteinander, so dass es den konservativen Kreisen unmöglich war, den Freisinnigen ein erfolgversprechendes Alternativprogramm entgegenzustellen.

Dürrenmatt war von allem Anfang an einem Teil der stadtbernischen Konservativen suspekt. Um die spätere Entwicklung der konservativen Gruppen im Kanton Bern besser verstehen zu können, ist es nötig, ausführlich auf die Vorgänge einzugehen, die zur bernischen Regierungskrise von 1877/78 führten. Damals wurde Dürrenmatts Name erstmals einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, damals konnte er seinen ersten politischen Sieg erringen. Für diesen journalistischen Erfolg musste er allerdings einen hohen Preis bezahlen: Die Gegner, die er sich damals schuf, verfolgten ihn mit ihrem Hass und übler Nachrede bis zu seinem Tode und darüber hinaus.

Die bernische Regierung befand sich Ende der siebziger Jahre in einer wenig beneidenswerten Lage. Die Eisenbahnpolitik, unsorgfältig und mit zuwenig Verantwortungsbewusstsein geplant, brachte grosse finanzielle Verluste. Zum Eklat kam es, als die Vorgänge um den Bau der Bern–Luzern–Bahn bekannt wurden<sup>5</sup>.

Im Jahre 1871 bewilligte der Grosse Rat den Bau und die Subventionierung der Bern–Luzern–Bahn, ohne die Berechnungen auf ihre Genauigkeit und Rentabilität hin sorgfältig zu prüfen<sup>6</sup>. Gegnerschaft entstand der von Langnau durchs Entlebuch projektierten Bahn erst ziemlich spät im Unteremmental und in Gegenden des Oberaargau. Ihr Sprecher im Grossen Rat war Fürsprecher Alfred Scheurer, der spätere Regierungsrat. Vergeblich stellte er im Grossen Rat einen Verschiebungsantrag, um prüfen zu lassen, ob es nicht angebrachter und zweckmässiger wäre, die Bahn durch das Unteremmental ins Luzernische zu führen; umsonst machte er in einer Broschüre geltend, dass die Berechnungen, die auf einen Bahnkilome-

<sup>5</sup> Über die Bern-Luzern-Bahn-Angelegenheit vgl. GRUNER, 43 ff. – GEISER, 29 ff.

<sup>6</sup> TAGBLATT 1871, 127 ff., 141 ff., 153 ff.



ter 212 000 Franken Kosten voraussahen, doch wohl allzu optimistisch angesetzt seien, da für die Strecke Gümligen–Langnau, die durch weniger schwieriges Gelände geführt habe, der Bahnkilometer auf 254 000 Franken zu stehen gekommen sei<sup>7</sup>. Gegen die Verschiebung des Projektes stimmten nicht nur die einflussreichen Führer der Radikalen, sondern auch alle städtischen Konservativen<sup>8</sup>. Der Bau der Bahn schliesslich wurde mit der überwältigenden Mehrheit von 143 gegen 5 Stimmen beschlossen<sup>9</sup>.

Es sollte sich zeigen, dass die pessimistischen Voraussagen von Scheurer sich mehr als nur bewahrheiteten. Im Jahre 1875 betrugen die Kosten schon 3 Millionen Franken mehr als vorgesehen. Da die Erneuerungswahlen in den Nationalrat kurz bevorstanden, versuchte man, den Skandal bis nach den Wahlen zu verheimlichen. Der Regierungsrat bewilligte, ohne vom Grossen Rat und vom Volk dazu legitimiert zu sein, in vier Raten eine weitere Million Franken, genaugenommen 934 798 Franken, obschon die Bahn damals vor dem Konkurs stand. Die konservative Opposition und die Richtung Scheurer verlangten nun eine eingehende Untersuchung, aber sie verzichteten darauf, genau zu prüfen, wer dafür verantwortlich sei und dafür einzustehen habe<sup>10</sup>. Dies lässt sich aus folgenden zwei Gründen erklären: Die Konservativen waren an der unüberlegten Bewilligung mitschuldig gewesen; zudem waren sowohl die Bürgergemeinde als auch ein grosser Teil der konservativen Bürger finanziell an der Bern–Luzern-Bahn-Gesellschaft beteiligt<sup>11</sup>. Fürsprecher Scheurer hingegen gehörte selber der Freisinnigen Partei an.

Die Bahn war inzwischen tatsächlich in Konkurs geraten, und der Grosse Rat liess sich von Regierungsrat und Kommission überzeugen, es sei das beste, die Bahn zum Preis von 6 Millionen Franken zu ersteigern; man verzichtete aber darauf, der Kommission, bestehend aus den Herren Ingenieur Gottlieb Ott, Andreas Schmid, Karrer, Michel und Sessler, wegen des Preises verbindliche Instruktionen zu geben. Vorbehalten wurde nur die nachträgliche Ratifizierung durch den Grossen Rat und das Volk, und

<sup>7</sup> TAGBLATT 1871, 130 ff., 153 ff., 162.    <sup>8</sup> TAGBLATT 1871, 162.

<sup>9</sup> TAGBLATT 1871, 168.    <sup>10</sup> TAGBLATT 1875, 406 ff.

<sup>11</sup> Erinnerungen an Alexander von Tavel, 87. – Votum von Sinner, TAGBLATT 1877, 64 ff.

den Beauftragten wurde nahegelegt, die finanzielle Lage des Kantons zu berücksichtigen<sup>12</sup>.

Um zu verhindern, dass die Bahn nicht von der Zentralbahn aufgekauft wurde, liess sich die Kommission verleiten, die Bahn für 8475 000 Franken zu ersteigern. In der darauffolgenden Grossratsdebatte versuchte Ingenieur Gottlieb Ott, der selber als Unternehmer am Bau der Bahn beteiligt war, mit einem Feuerwerk von Formeln (von den Konservativen und Dürrenmatt später als «algebraische Kabbala» bezeichnet)<sup>13</sup> zu beweisen, dass die vorher auf 6 Millionen Franken geschätzte Bahn tatsächlich 8½ Millionen wert sei. Der Grosse Rat gab trotz der Opposition Scheurers und der Konservativen seine Zustimmung<sup>14</sup>. In der Volksabstimmung vom 11. März 1877 wurde der Kauf vom Volk gebilligt<sup>15</sup>. Die Regierung fasste dies fälschlicherweise als ein Zutrauensvotum für ihre Politik auf.

Noch aber mussten der Finanzplan für die Jahre 1875–1877 und die Genehmigung des Bauvorschusses die Volksabstimmung passieren. Die Konservativen hofften auf einen politischen Umschwung wie im Jahre 1850 und bekämpften beide Vorlagen<sup>16</sup>. Man muss berücksichtigen, dass die im Volk herrschende Missstimmung nicht allein von den hier geschilderten Vorgängen herrührte. Nach den «europäischen Gründerjahren» hatte im Eisenbahnbau nicht nur im Kanton Bern, sondern überall in der Schweiz eine grosse Enttäuschung und Ernüchterung Platz gegriffen. Auch andere Massnahmen der Regierung waren in manchen Teilen des Volkes auf herbe Kritik gestossen, so die Kosten und manche Vorgänge während des Kulturkampfes, die neue Militärorganisation usw.<sup>17</sup>. Die Staatsrechnung schloss Jahr für Jahr mit einem grossen Defizit ab.

In dieser Situation griff nun Ulrich Dürrenmatt in den Abstimmungskampf ein mit einer Broschüre die überall grosses Aufsehen erregte: «Mutz, wach uf! Brief vo Christe Frymueth a's Bärner Volch: Isch's Bärner Regiment 935 000 Fränkli wärt?» Er trat als vollständig unabhängiger

<sup>12</sup> TAGBLATT 1877, 3 f., 33 f.

<sup>13</sup> Erinnerungen an Alexander von Tavel, 72. – Be V 1881, 89.

<sup>14</sup> Das Stimmenverhältnis lautete: 162 Ja gegen 57 Nein für den Antrag der Kommissionmehrheit. TAGBLATT 1877, 103.

<sup>15</sup> Die Abstimmung hatte am 11. März 1877 stattgefunden. Die Vorlage wurde mit 41 219 Ja gegen 31 277 Nein angenommen. TAGBLATT 1877, 122.

<sup>16</sup> Man vgl. GRUNER, 49 ff. <sup>17</sup> TAGBLATT 1877, 475 f. Votum Scherz.

Kritiker auf und verurteilte die bernische Eisenbahn- und Kirchenpolitik aufs schärfste. Sein Beitrag bewirkte nicht zum wenigsten, dass am 26. August 1877 beide Vorlagen mit grosser Mehrheit abgelehnt wurden<sup>18</sup>. Auf dieses Resultat hin reichte der Regierungsrat in corpore seine Demission ein<sup>19</sup>. Sie wurde vom Grossen Rat nicht angenommen, sondern der Regierungsrat wurde ersucht, die Amtsgeschäfte noch bis zum Frühjahr 1878, dem Termin der Gesamterneuerungswahlen von Regierungsrat und Grosse Rat, fortzusetzen<sup>20</sup>.

Vor den Neuwahlen für den Grossen Rat von 1878 publizierte Dürrenmatt unter demselben Pseudonym «Christe Frymueth» die «Bärentalpen», eine satirische Schrift, in der die bernischen radikalen Führer äusserst heftig, aber sehr wirksam angegriffen wurden. Ein Grossteil seiner Gegner hat ihm diese «Jugendsünde» nie verziehen. Die Wahlen brachten den Konservativen starken Zuwachs, nicht aber die Mehrheit. Immerhin wurden die Radikalen gezwungen, ihren Gegnern entgegenzukommen. Von nun an stellten die Konservativen immer einen oder zwei der neun Regierungsräte<sup>21</sup>. Der Regierungsrat wurde vollständig neu bestellt und von den bisherigen Mitgliedern einzig Regierungsrat Rohr wiedergewählt. Am meisten Stimmen erhielt Fürsprecher Alfred Scheurer<sup>22</sup>, der das Finanzdepartement übernahm und während eines Vierteljahrhunderts die Finanzen mustergültig verwaltete. Wegen seiner grossen Fähigkeiten und persönlichen Integrität genoss er auch bei Dürrenmatt höchste Achtung. Bei seinem Rücktritt widmete er ihm folgendes Gedicht:

<sup>18</sup> Die Abstimmung vom 26. August 1877 zeitigte folgende Ergebnisse: Der Finanzplan 1875–1877 wurde mit 23 866 Nein gegen 11 013 Ja, der Bauvorschuss an die Bern–Luzern–Bahn mit 24 237 Nein gegen 10 261 Ja verworfen. TAGBLATT 1877, 429 f.

<sup>19</sup> TAGBLATT 1877, 475. <sup>20</sup> TAGBLATT 1877, 475 f.

<sup>21</sup> Bis zum Zerfall der konservativen Partei waren immer zwei konservative Vertreter im Regierungsrat, ausser in der Zeit von Juni 1890 bis 23. Mai 1892. Nach der Verwerfung des Steuergesetzes 1890 durch die bernische Bevölkerung erhielt der konservative Regierungsrat Johann Schär im Grossen Rat nicht die erforderliche Stimmenzahl. An seiner Stelle wurde der freisinnige Grossrat Lienhard gewählt. Nach dem Tode von Regierungsrat Andreas Willi hielt mit Friedrich von Wattenwyl wieder ein zweiter Vertreter der konservativen Richtung Einzug in den Regierungsrat.

<sup>22</sup> TAGBLATT 1878, 218.

*Scheurers Abschied*<sup>23</sup>

Wer soll in Bern regieren,  
Wenn Alfred Scheurer krank?  
Wer kann das Steuer führen,  
Das seiner Hand entsank?

Wer säubert uns die Tenne,  
Wie er sie hat gefegt?  
Wer sieht zur Steuerhenne,  
Die gold'ne Eier legt?

Wer darf, wie er zu schalten,  
Zu sparen sich getrau'n?  
Wer kann den Rappen spalten  
Und Staatspaläste bau'n?

Wem ist die Gabe eigen  
Des *Wort's*, das trifft und blitzt,  
Und wer versteht zu *schweigen*,  
Wenn Reden doch nichts nützt?

Wer spielt die zwei Register,  
Worauf er Meister ist –  
Den trock'nen *Sparphilister*,  
Den warmen *Idealist*?

Die Neuwahl der Regierung bedeutete leider nicht das Ende der leidigen Angelegenheit. Das Nachspiel war gehässig, unerfreulich, kleinlich. Niemand zeichnete sich dabei aus. Es kann dennoch nicht übergangen werden, führte es doch zum ersten ernsthaften Konflikt zwischen Dürrenmatt und den stadtbernischen Konservativen und hatte zur Folge, dass Dürrenmatt alleiniger Inhaber der «Berner Volkszeitung» wurde.

Führer der stadtbernischen Konservativen war Eduard von Sinner. Er trat während der Bern–Luzern–Bahn–Angelegenheit in den Grossratsverhandlungen und in den Kommissionssitzungen äusserst gemässigt auf<sup>24</sup>.

<sup>23</sup> Be V 1904, 21.

<sup>24</sup> Man vgl. die Grossratsverhandlungen 1875–1877, vor allem TAGBLATT 1877, 64 ff. und 93 f.

«Glauben Sie, wir und ich speziell, taxieren Sie als Schwindler, wenn Sie den Kauf ratifizieren? Ist ein derartiges Wort gesprochen worden? Keineswegs. Wir anerkennen, würdigen und ehren Ihre Ansichten. Wir haben jetzt 15 Monate zusammen in der Kommission gearbeitet, und wir haben wohl gesehen, wie schwer es den Einen geworden ist, Ja, und den Andern, Nein zu sagen. Meinen Sie, dass ein Abgrund uns trennt? Durchaus nicht, sondern nur darüber ist man zweifelhaft, ob die Motive für Ja oder diejenigen für Nein stärker seien.»<sup>25</sup> Seine Ausführungen unterscheiden sich frappant von der kompromisslosen, aggressiven Kampfweise eines Ueli Dürrenmatt. Diese unterschiedliche Auffassung, wie der politische Kampf geführt werden sollte, liess später ein fruchtbares Zusammengehen der Richtung Dürrenmatts und derjenigen von Sinners und seiner Nachfolger scheitern, vor allem, als auch noch persönliche Antipathien und Anfeindungen sowie Differenzen in Sachfragen dazutraten.

Friedrich Otto Pestalozzi kam in seinem Nachruf auf Dürrenmatt auf die verschiedenartige Auffassungsweise, wie die Presse politische Auseinandersetzungen führen sollte, zu sprechen und versuchte, Dürrenmatt im folgenden gerecht zu werden: «Ihr Einsender ist mit dem Verstorbenen immer auf freundschaftlichem Fuss gestanden, wenn auch unter gegenseitigen stillen und ausgesprochenen Reserven mit Bezug auf die politische Tätigkeit. Das Milieu, aus dem beide hergekommen, war eben so verschieden wie das Temperament. Was der Buchsizeitungsredaktor in der Anpassung an die Anschauungen seiner Abonnenten oder im Eifer seiner cholerischen Anlage über die Gegner zu schreiben sich durchaus kein Gewissen machte, wollte dem Schweizerblätterschreiber manchmal nicht recht behagen, und der Schärmauser von Buchsi hat seinerseits – vielleicht auch nicht mit Unrecht – gefunden, mit unsrer ruhigen Sprache locke man in der Politik keinen Hund hinter dem Ofen hervor...»<sup>26</sup>

Ingenieur Gottlieb Ott, der als Unternehmer massgeblich am Bau der Bern–Luzern-Bahnlinie beteiligt und im Grossen Rat tatkräftig für die Förderung der Linie eingetreten war, galt in den Augen Dürrenmatts und vieler seiner Zeitgenossen als einer der am stärksten belasteten Beteiligten

<sup>25</sup> TAGBLATT 1877, 94.

<sup>26</sup> *Zürcherische Freitagszeitung* 1908, 31.

in dieser unerfreulichen Angelegenheit. Ott liess sich 1875 in die vom Grossen Rat bestellte Untersuchungskommission wählen, präsidierte sie sogar und war auch Präsident der fünfköpfigen Kommission, die mit der Steigerung der Bahn beauftragt war. Da er an dem Unternehmen in mehrfacher Weise beteiligt und interessiert war, zudem auch durch verwandtschaftliche Bande mit Regierungsrat Hartmann verbunden war<sup>27</sup>, hätte es von grösserem politischem Takt und Klugheit gezeugt, wenn er sich im Hintergrunde gehalten hätte. Dürrenmatt und andere haben ihm vorgeworfen, er habe an dem Unternehmen Millionen verdient. Auf ihn konzentrierten sich denn die Angriffe in Presse und Broschüren sowie im Grossen Rate, allerdings nicht durch Eduard von Sinner, der als ehemaliger Klassenkamerad von Ott in einem recht freundschaftlichen Verhältnis zu diesem stand<sup>28</sup>. Zudem waren Ott und von Sinners Bruder Rudolf Dienstkameraden, beide im Rang eines Obersten – dieses Verhältnis sollte noch zu einem Skandal beitragen, der sowohl die Zerstörung der Karriere der Brüder von Sinner zur Folge hatte als auch mit zum Untergang von Gottlieb Ott beitrug.

Im Jahre 1878 fiel Ott bei den Erneuerungswahlen in den Grossen Rat durch. Die Kampagne, welche gegen Ott geführt wurde, war von Karl Moor geleitet worden<sup>29</sup>. Im Frühjahr desselben Jahres unternahm Ott im Auftrage des Bundesrates eine Reise ins russisch-türkische Kriegsgebiet bei Plewna und dem Schipkapass und verfasste darüber eine militärische Studie, die ihm, nach seiner Aussage, die höchste Anerkennung vieler berühmter in- und ausländischer Militärs einbrachte<sup>30</sup>.

1881 versuchte Ott, aktiv in das politische Leben zurückzukehren; er kandidierte bei den Nationalratswahlen im Kreis Mittelland als Vertreter des Kleingewerbes und des Grütlivereins! Es entbrannte ein ziemlich heftiger Wahlkampf. Dies rührte daher, dass von radikaler Seite die Kandidatur des langjährigen Vertreters der Konservativen im Nationalrat, Stadtpräsident Otto von Büren, persönlich vehement angegriffen wurde; namentlich seine religiöse Überzeugung wurde ihm zum Vorwurf gemacht<sup>31</sup>. Dazu kam, dass in linksradikalen Kreisen der ganzen Schweiz,

<sup>27</sup> GRUNER, 47. <sup>28</sup> TAGBLATT 1877, 67 und 101. <sup>29</sup> Be V 1881, 89.

<sup>30</sup> Berner Post 1881, 265. – Bund 1881, 309. – Be V 1882, 2.

<sup>31</sup> Berner Post 1881, 254 und 255. – Schweizer Handels-Courier 1881, 255.



angeführt vom Genfer Carteret, Unzufriedenheit über die «zu konservative», gemässigte Haltung der Herren Bundesräte Hammer, Hertenstein und Welti herrschte; es sollte der Versuch unternommen werden, die missliebigen Bundesräte durch die Herren Oberst Frey, Hauser und Vigier zu ersetzen<sup>32</sup>. Im Kanton Bern wurde diese Richtung vertreten durch die «Berner Post» und vor allem durch den in Biel erscheinenden «Schweizer Handels-Courier».

Aus dieser Kontroverse innerhalb der herrschenden Partei suchten die Konservativen Nutzen zu ziehen. Sie nahmen als einen der wichtigsten Punkte das Versprechen auf ihr Programm, sich mit allen Mitteln für die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder des Bundesrates einzusetzen<sup>33</sup>.

Im ersten Wahlgang wurden im Kreis Mittelland Fürsprecher Rudolf Brunner und Regierungsrat Rohr, die auf der radikalen Liste standen, Johann Jakob Hauser, Wirt im Gurnigel, der von beiden Parteien portiert worden war, und Otto von Büren von der liberal-konservativen Liste gewählt<sup>34</sup>. Von den übrigen Kandidaten erreichte keiner das absolute Mehr. In der Nachwahl um den fünften Sitz im Wahlkreis Mittelland standen sich schliesslich Gottlieb Ott und Oberförster Schnyder, liberal, der von den Konservativen auf ihre Liste genommen worden war, gegenüber. Der Wahlkampf wurde von beiden Seiten leidenschaftlich geführt. Am Tage vor der Stichwahl veröffentlichte Dürrenmatt einen Leitartikel – und setzte nicht, wie oft behauptet wird, eine «üble Pressecampagne»<sup>35</sup> in Gang –, in dem er heftig und kompromisslos Ott angriff. Er kritisierte scharf dessen Haltung in der Affäre der Bern–Luzern-Bahn. Es ist bezeichnend, dass sich weder Ott noch die Radikalen gegen diese Vorwürfe zur Wehr setzten. Im zweiten Teil seines Artikels trat Dürrenmatt auf Otts Reise nach dem Balkan ein und schrieb: «Herr Oberst Ott benutzte die unfreiwillige Musse zu einer Spritztour nach dem Schipkapasse, die seine Leibblätter nicht erman- gelten, als eine hochpatriotische Tat zu feiern, deren Kosten er aus seinem eigenen Sack bestreite. Als er von seinem eminent friedlichen Kriegszuge zurückgekehrt, hatte die Eidgenossenschaft für dieses militärische X ein Kostennötlein von 9000 Fr. zu bezahlen...»<sup>36</sup>

<sup>32</sup> Vgl. GRUNER, 216f.

<sup>33</sup> *Intelligenzblatt der Stadt Bern 1881*, 296 und 298.

<sup>34</sup> Be V 1881, 88. <sup>35</sup> Siehe GRUNER, 69. <sup>36</sup> Be V 1881, 89.



Aus der Wahl ging Oberförster Schnyder als Sieger hervor; er war vor allem mit den Stimmen der Ämter Seftigen und Schwarzenburg gewählt worden<sup>37</sup>. Ingenieur Ott konnte sich mit seiner Niederlage nur sehr schwer abfinden. Er gab die Schuld an dem Wahlausgang vor allem dem Artikel von Dürrenmatt. Merkwürdigerweise ging er nun aber nicht gegen diesen vor, der denn auch erklärte, wenn sich Ott in seiner Ehre verletzt fühle, hätte er ihn, Dürrenmatt, vor Gericht nehmen sollen, sei es doch in aller Welt üblich, dass der Redaktor für den Inhalt seiner Zeitung verantwortlich gemacht werde<sup>38</sup>. (Die «Berner Volkszeitung» wurde zu diesem Zeitpunkt von einem stadtbernischen konservativen Pressekomitee finanziert, das Dürrenmatt als Redaktor angestellt hatte.)

Ott wandte sich nun zuerst gegen Oberst Rudolf von Sinner, dem er un-kameradschaftliches Verhalten vorwarf, da von Sinner (dieser war finanziell am Pressekomitee beteiligt)<sup>39</sup> nicht bei Dürrenmatt gegen die unerhörten Beschuldigungen interveniert habe<sup>40</sup>. Er warf von Sinner zudem vor, dieser habe sich von der Mensur gedrückt. Daraufhin trat ein militärisches Ehrengericht zusammen, das den beiden ein Duell verbot. Es gab beiden unrecht und verlangte, dass das frühere kameradschaftliche Verhältnis wiederhergestellt werde<sup>41</sup>.

Scharf verurteilt wurde die Schreibweise der «Berner Volkszeitung». Dürrenmatt regte sich über diesen Vorwurf nicht sonderlich auf und sprach dem Ehrengericht die Berechtigung ab, ein Urteil über seine Zeitung zu fällen, da man ihn selbst nicht angehört habe<sup>42</sup>. Jeder Angeklagte aber habe ein Recht auf Verteidigung. Er machte geltend, dass er berechtigt sei, über den Wert des Unternehmens eine andere Meinung zu haben; im übrigen sei die Lebensgefahr, in der Oberst Ott geschwebt haben solle, nicht gar so gross gewesen, da beim Zeitpunkt seiner Reise die Kämpfe längst beendet gewesen seien<sup>43</sup>. Der unerfreuliche Handel war aber mit dieser Episode noch nicht zu Ende.

Durch den Erfolg seines Vorgehens gegen Oberst von Sinner nicht be-

<sup>37</sup> *Berner Post* 1881, 263. – Be V 1881, 90. <sup>38</sup> Be V 1881, 99.

<sup>39</sup> *Intelligenzblatt der Stadt Bern* 1881, 325.

<sup>40</sup> *Bund* 1881, 309.

<sup>41</sup> Be V 1881, 94. – Über die Affäre Ott–von Sinner vgl. RINDERKNECHT, 110f.

<sup>42</sup> Be V 1881, 94; 1882, 2 und 3. <sup>43</sup> Be V 1882, 3.

friedigt, richtete Ott seine nächsten Attacken gegen Fürsprech Dr. Manuel, den Leiter des Pressekomitees. Nach journalistischen Befehdungen von beiden Seiten<sup>44</sup> forderte Dr. Manuel schliesslich Ott zum Duell, doch nun wollte Ott nichts mehr von einem solchen wissen. – (Dürrenmatt behauptete, Dr. Manuel sei als guter Fechter bekannt<sup>45</sup>.) – Wie dem auch sei, jedenfalls warf Ott die beiden Sekundanten von Dr. Manuel brutal zu seinem Haus hinaus. Diese Vorgänge hatten zur Folge, dass Ott gezwungen wurde, als Oberst seine Demission einzureichen<sup>46</sup>. Aber auch von Sinner und andere Konservative nahmen kurze Zeit nach diesen Zwischenfällen freiwillig ihren Rücktritt<sup>47</sup>.

Die Haltung Dürrenmatts war den stadtbernischen Konservativen zuforsch. Sie sahen sich veranlasst, ihr Verhältnis zur «Berner Volkszeitung» in der Öffentlichkeit näher zu erläutern. Sie gingen dabei nicht eben mit politischem Geschick vor. In einer Erklärung im «Intelligenzblatt für die Stadt Bern» vom 24. November 1881 stellten die stadtbernischen Grossräte Otto von Büren, Friedrich Hartmann, Rudolf Lindt, Carl Reisinger, Rudolf und Eduard von Sinner, Oberst Karl Steinhäuslin, Bernhard Studer, Friedrich Thormann und Rudolf Thormann unter anderem folgendes fest: «Obwohl wir mit der Theorie nicht einverstanden sind, dass jeder Bürger, welcher einem Vereine angehört und denselben mit finanziellen Beiträgen unterstützt, für jeden Artikel, ja sogar für jeden Ausdruck haftbar sein soll, der in einer vom betreffenden Vereine subventionierten Zeitung steht, erachten es die unterzeichneten Vertreter der Stadt Bern im Grossen Rat ihren Wählern gegenüber dennoch als ihre Pflicht, zu erklären, dass es trotz mehrfacher Wünsche und Mahnungen nicht gelungen ist, von der Redaktion der ‚Berner Volkzeitung‘ zu erlangen, dass sie ihre oft gewiss gerechtfertigte Polemik in gemässigter parlamentarischer Sprache führe.»<sup>48</sup> In der radikalen Presse ernteten sie für diese Erklärung nur Spott, Hohn und Unglauben.

Der Schritt der Konservativen führte schliesslich dazu, dass Dürrenmatt seinen Vertrag mit dem Pressekomitee löste und Redaktion und Verlag auf eigene Verantwortung führte<sup>49</sup>. In seiner Zeitung beantwortete er die

<sup>44</sup> *Berner Post* 1881, 279, 282, 284 und 287. <sup>45</sup> Be V 1881, 99.

<sup>46</sup> Be V 1881, 104. <sup>47</sup> Be V 1881, 95.

<sup>48</sup> *Intelligenzblatt der Stadt Bern* 1881, 325. <sup>49</sup> Be V 1881, 105.

Aussagen der Stadtkonservativen im «Intelligenzblatt» folgendermassen: «Der Volkszeitungsschreiber, welcher nicht nur moralisch sondern auch *vertraglich* dazu verpflichtet ist, die Verantwortung für die Sprache der ‚Volkszeitung‘ *selber* zu tragen, ist ebenfalls ‚stets bereit, für alle seine Taten und Worte einzustehen‘ und hätte derselbe dafür gehalten, es sei auch Ihrerseits kein Grund vorhanden, ihn mit halbzölligen Buchstaben, im ‚Intelligenzblatt‘ zu coramieren. An der Verantwortung einiger wenig parlamentarischer Ausdrücke, die der ‚Volkszeitung‘ in letzter Zeit entwischt sein mögen, nachdem die sog. anständigen Blätter sie als ‚Banditenpresse‘ behandelt, trägt die Redaktion nicht sehr schwer, und wenn Sie deswegen der ‚Volkzeitung‘ den Rücken kehren, so bedauern wir allerdings diese Wendung, werden uns aber auf unserm publizistischen Pfade dadurch nicht beirren lassen; denn *nicht* verantworten möchten wir jene konservative Politik, die das Systemsgebäude, wenn die oppositionelle Presse es durch Verbreitung der Wahrheit zum Wackeln bringt, mit Seilen der Liebe wieder halten und vor dem Sturze bewahren will.»<sup>50</sup>

Für den Historiker bleibt festzustellen, dass Dürrenmatt letztlich als Sieger aus dieser Kontroverse hervorging. Es hat sich gezeigt, dass er sehr wohl imstande war, die Zeitung ohne finanzielle Unterstützung zu einem prosperierenden Unternehmen auszubauen<sup>51</sup>. Ott fand ein Jahr später ein unrühmliches Ende<sup>52</sup>. Die Stadtkonservativen, die sich von Dürrenmatt

<sup>50</sup> Be V 1881, 95.

<sup>51</sup> Wie gross das journalistische Geschick und kaufmännische Talent Dürrenmatts waren, zeigt sich darin, dass er die Be V in relativ kurzer Zeit zu hohem Ansehen brachte; die Auflageziffer stieg innerhalb eines Jahrzehnts von 2000 auf 10 000 Exemplare. Dies ist um so erstaunlicher, wenn wir bedenken, wie sehr ein grosser Teil der bernischen Presse mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Diese Erfahrung machte auch die Bernische Volkspartei, die mit den von ihr gegründeten und unterstützten Zeitungen kein Glück hatte, wenn man von den «Emmenthaler Nachrichten» und dem «Berner Tagblatt» absieht. Beide Zeitungen waren aber nicht eigentliche Organe der Berner Volkspartei; das «Berner Tagblatt» von Anfang an nicht, die «Emmenthaler Nachrichten» nach einigen Jahren nicht mehr. Ähnlichen Schwierigkeiten sah sich auch die Freisinnige Partei gegenübergestellt, man denke etwa an das Schicksal der «Berner Zeitung» und des «Freien Berner». Auch das Nachfolgeblatt des «Freien Berner», der «Berner Landbote» hatte fortwährend finanzielle Sorgen.

<sup>52</sup> Am Abend des Abstimmungstages über den eidgenössischen Schulsekretär, am 26. November 1882, kam es vor dem alten Casino in Bern zu einer Schlägerei,

distanziert hatten, spielten, ausser Otto von Büren, politisch keine Rolle mehr, so vor allem die bis zu diesem Zeitpunkte einflussreichen Brüder von Sinner<sup>53</sup>.

Es war aus zwei Gründen notwendig, so ausführlich auf diese Ereignisse einzutreten: Einmal, weil sie von entscheidender Bedeutung waren für das Verhältnis Dürrenmatts zu einem Teil der Konservativen. Er hat ihnen ihre, in seinen Augen, schwächliche Haltung nie verziehen, sowenig wie sie sich mit seiner zupackenden, undiplomatischen Art befreunden konnten. Dürrenmatt blieb ihnen gegenüber stets misstrauisch. So war von allem Anfang an die Basis für eine gedeihliche Zusammenarbeit der beiden wichtigsten konservativen Richtungen im alten Kantonsteil gestört. Dürrenmatts Vorbild eines echt konservativen «Volksmannes» war der frühere Nationalrat und Grossrat Samuel Steiner, Müllermeister, der, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, zu seiner Meinung stehen durfte<sup>54</sup>. Zum andern resultierten die Vorwürfe und Beschuldigungen der Radikalen, Dürrenmatt bewerfe die «Wägsten und Besten» mit Kot, zum Teil aus diesem Vorfall; sie konnten ihm sein Vorgehen um so weniger verzeihen, als

als die erbosten Radikalen die Konservativen in ihrer Siegesfeier störten. Die Rolle, die Oberst Gottlieb Ott an diesem Abend gespielt hat, bleibt undurchsichtig. Gruner, der in seiner Biographie über Regierungsrat von Steiger die Ansicht vertritt, Ott sei der Anführer der randalisierenden Studenten gewesen, stützt sich auf die Aussagen verschiedener Konservativer und Berichte im «Intelligenzblatt der Stadt Bern». Demgegenüber sind die entschiedenen Dementis der Radikalen zu beachten sowie die Aussage eines so neutralen und unverdächtigen Zeugen wie Regierungsrat von Wattenwyl, der eine solche Beschuldigung Otts entschieden zurückwies. (Be V 1881 97) Aussage steht gegen Aussage. Sechs Tage nach diesen Vorfällen erkrankte Ott des Nachts in der Aare. Er konnte erst einige Tage später gefunden werden. In gewissen radikalen Kreisen tauchte alsbald das Gerücht auf, Ott sei von den Konservativen ermordet worden. (*Démocrate*). Diese haltlosen Anschuldigungen führten zu erneuten wilden Pressefehden. Ott war einem Unfall zum Opfer gefallen, der sich unter Umständen abspielte, dass man darüber nur noch den Mantel der Liebe decken konnte, wie Dürrenmatt sich auszudrücken pflegte. Über diese Vorgänge vgl. man die zeitgenössische Presse vom November/Dezember 1882, so die Be V, *Berner Post*, *Intelligenzblatt der Stadt Bern*, *Schweizer Handels-Courier* und vor allem die *NZZ*. Siehe auch RINDERKNECHT, 112.

<sup>53</sup> Rudolf von Sinner kandidierte 1884 nochmals für den Nationalrat wurde aber nicht gewählt.

<sup>54</sup> Vgl. etwa das Titelgedicht «Parlamentarier», Be V 1901, 30. – Nachruf auf Samuel Steiner, Be V 1882, 10.

es ihnen schwerfiel, seine Behauptungen zu widerlegen. Dasselbe lässt sich von Dürrenmatts Satire «Bärentalpen» sagen, die er noch in seiner Thuner Zeit verfasst hatte und die hauptsächlich bei den Oberländer Radikalen und in Lehrerkreisen böses Blut geschaffen hatte. Diese Vorkommnisse wirkten auf Jahre hinaus nach und fanden etwa in dem Artikel des «Burgdorfer Volksfreund» ihren Niederschlag, der anlässlich des Wahlkampfes 1905 um den Nationalratssitz im Ob- und Nidwalden geschrieben wurde: «Es gilt unserm Erbfeinde in Herzogenbuchsee heimzuzahlen, was er an uns und unsern Vätern<sup>55</sup> sowohl an der Partei als solcher als auch an den wägstun und besten Gewährs- und Vertrauensmännern derselben – durch eine rücksichtslose Befehdung und die skrupellosesten Kampfmittel gesündigt und verbrochen hat.»<sup>56</sup>

Die Art und Weise, wie der Kampf bei den Nationalratswahlen 1881 geführt worden war, als Gehässigkeit und persönliche Beschuldigungen auf beiden Seiten die Atmosphäre zu vergiften drohten und eine erspriessliche politische Regierungstätigkeit zu verunmöglichen schienen, bewog Regierungsrat von Steiger, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um die politischen Leidenschaften wieder in geordnete Bahnen zu lenken<sup>57</sup>. Er unternahm den Versuch, eine neue Partei zu gründen, die aus gemässigten Elementen verschiedener Richtungen bestehen sollte. Er hoffte, dass es gelingen werde, die Gegensätze zwischen Konservativen und Liberalen auszugleichen<sup>58</sup>. Seine Hoffnungen sollten sich nicht erfüllen. Schon an einer ersten Versammlung im November 1881 prallten kontroverse Ansichten hart aufeinander. Die Richtung der christlich-orthodox orientierten Bürger wie Carl Heinrich Mann, Dr. Gottlieb Beck und Emil Joneli beanstandete, dass im neuen Parteiprogramm keine christlich-dogmatische Formulierungen vorgesehen waren; ferner verlangten sie, dass ihre Richtung im Vorstand eine angemessene Vertretung erhalten sollte. Da von Steiger nicht nachgeben und ihnen nicht entgegenkommen wollte, kam es wegen dieser Differenzen zum Bruch<sup>59</sup>.

<sup>55</sup> Dürrenmatt fügte in Klammern bei: «warum nicht auch an den Onkeln und Vorvätern?».

<sup>56</sup> Zitiert in Be V 1905, 89. <sup>57</sup> Vgl. GRUNER, 71. <sup>58</sup> GRUNER, 71.

<sup>59</sup> AKTENSTÜCKE, 27. – GRUNER, 71.

In der «Berner Volkszeitung» vom 14. Januar 1882 erschien unter dem Titel «Eine gute Nachricht» die Mitteilung, dass in Bern eine neue Partei unter dem Namen «Verein der Unabhängigen» gegründet worden sei. Der Verein habe sich folgende Ziele gesetzt: 1. Eine gesunde Entwicklung des Lebens in demokratischem, freiem Geist, im Gegensatz zu jeder ausschliesslichen Parteipolitik. 2. Lebendigere Teilnahme des Volkes an öffentlichen Angelegenheiten. 3. Ausser seinen Sitzungen halte der Verein öffentliche Versammlungen ab, um praktische Fragen des politischen und wirtschaftlichen Lebens zu behandeln. Der Vorstand setzte sich zusammen aus den Herren Regierungsrat von Steiger als Präsident, Grossrat Ballif, Direktor Hofer, Professor Zeerleder, Negoziant Lauterburg-Käser und Lehrer Kiemler<sup>60</sup>.

Dürrenmatt stand dieser Bewegung im Anfang wohlwollend gegenüber und begrüsst es, dass auch einmal ausserhalb der «Berner Volkszeitung» ein ernsthafter Schritt getan werde zur Befreiung des Bernervolkes von dem unwürdigen Parteibanne, in welchem es seit Jahrzehnten gelegen habe<sup>61</sup>. Seine Einstellung dem «Verein der Unabhängigen» gegenüber, der sich bald in der Hoffnung, seine Ziele verwirklichen zu können, enttäuscht sah, war während einiger Zeit positiv, obgleich er von Anbeginn an einer gewissen Skepsis Ausdruck gab und befürchtete, dass Verschwommenheit und allzu grosse Versöhnlichkeit leicht den Stempel der Charakterlosigkeit erhalten könnten<sup>62</sup>.

Ins Jahr 1882 fiel der Kampf gegen den eidgenössischen Schulartikel<sup>63</sup>. Dürrenmatt kämpfte in vorderster Front, gehörte aber dem bernischen Aktionskomitee nicht an<sup>64</sup>. Während der Abstimmungskampagne erwachte bei den bernischen Referendumsfreunden der Wunsch, den Schwung und die Energie auszunützen, um eine aktionsfähige konservative Partei zu gründen<sup>65</sup>. Die Initiative ging unter anderem von Eduard von Müller, Henri Heller und Dr. Beck aus, lebhaft ermuntert von der «Berner Volkszeitung».

Nach Abschluss der Unterschriftensammlung erliess das Aktionskomitee

<sup>60</sup> Be V 1882, 4. <sup>61</sup> Be V 1882, 4. <sup>62</sup> Be V 1882, 5 und 10. <sup>63</sup> Siehe S. 351 ff.

<sup>64</sup> HOWALD, 84. (Howald war für das Aktionskomitee tätig.)

<sup>65</sup> Vgl. Zuschrift «Was nun?» in Be V 1882, 97.



tee einen Aufruf an seine Vertrauensleute, sich am 24. September 1882 in Oberburg zu versammeln zwecks Besprechung eines weiteren Vorgehens. Folgende Punkte standen zur Diskussion:

«1. Beratung der Mittel und Wege zur erfolgreichen Durchführung der anbegehrten Abstimmung gegen den eidgen. Erziehungssekretär und das damit in Verbindung stehende eidgen. Schulgesetz.

2. Die Festlegung der Opposition gegen den gewalttätigen Radikalismus im Kanton Bern überhaupt, namentlich aber unsere Stellung zu der vom Grossen Rate erheblich erklärten Revision der bernischen Staatsverfassung.»

Unterzeichnet war der Aufruf von Dr. Gottlieb Beck, Henri Heller, Carl Heinrich Mann<sup>66</sup>.

Laut Mann war damals noch nicht an eine neue Parteigründung gedacht<sup>67</sup>. Um dieselbe Zeit, am 20. September 1882, veröffentlichte Dr. Müller in der «Berner Volkszeitung» einen Artikel: «Radikale Untüchtigkeit und Harthörigkeit», in dem er die Gründung einer Schweizerischen Volkspartei anregte<sup>68</sup>.

An dem Oberburger Parteitag vom 24. September 1882 wurde ein provisorisches Komitee (Beck, Heller, Müller) mit der Ausarbeitung eines Parteiprogramms beauftragt<sup>69</sup>. In der «Volkszeitung» wurde diese Zusammenkunft nicht erwähnt.

Nach dem grossen Sieg im Kampf um den Schulartikel wurde die neue Parteigründung mit Eifer vorangetrieben.

Am 9. Dezember 1882 fanden sich in Oberburg ungefähr 120 Männer aus allen Gegenden des Kantons Bern ein, die sich das Wort gaben, jeder in seinem Kreise tatkräftig an der Durchführung der Grundsätze der neu sich bildenden Vereinigung zu arbeiten<sup>70</sup>.

Der leitende Ausschuss wurde bestellt aus den Herren Dr. Beck, Henri Heller, Dr. Eduard von Müller und alt Bundesrat Ochsenbein. Am 23. Dezember 1882 konnte folgendes Parteiprogramm in der «Berner Volkszeitung» veröffentlicht werden:

1. Die Volkspartei möchte alle ehrenhaften Schweizer Bürger unter ihre

<sup>66</sup> AKTENSTÜCKE, 135. <sup>67</sup> AKTENSTÜCKE, 137. <sup>68</sup> Be V 1882, 75.

<sup>69</sup> AKTENSTÜCKE, 216.

<sup>70</sup> Über diesen zweiten Oberburgertag siehe Be V 1882, 99.



Fahne sammeln, die treu und redlich am Wohle des Vaterlandes arbeiten wollen. Sie ist der Ansicht, ein gesundes Volksleben könne sich nur auf christlicher Grundlage entwickeln.

2. Die Bestrebungen der Partei sind in erster Linie auf den Kanton gerichtet. Sie wird allezeit Bundestreue beweisen und gesamtschweizerische Interessen fördern; sie wird darauf achten, dass das politische Leben und Bewusstsein der Kantone, auf denen die Kraft und das Wohl des Bundes beruhen, nicht beeinträchtigt werden.
3. Sie will ihr Augenmerk auf die allgemeine Volksbildung richten. Die Eltern müssen ein natürliches Recht haben, eine christliche Erziehung für ihre Kinder zu beanspruchen. Der Unterricht der Volksschule soll vereinfacht und auf die praktischen Bedürfnisse ausgerichtet werden. Die Partei wünscht eine vom Volk gewählte Schulsynode.
4. Die Volkspartei anerkennt die Pflicht des Staates, für die Hebung des Volkswohlstandes zu sorgen. (Hebung des Handwerkes durch Beschränkung der Gewerbe- und Wucherfreiheit, Verminderung der Wirtschaften, Massregeln gegen Trunksucht und Vagantentum.)
5. In bezug auf die Verfassungsrevision wünscht die Volkspartei, dass sie durch einen Verfassungsrat vorgenommen werde. Sie verlangt die Erweiterung der Volksrechte (Initiative), Vereinfachung des Staatshaushalts, Berücksichtigung der berechtigten Forderungen der einzelnen Landesteile und Gemeinden. Sie strebt danach, die konstitutionelle Demokratie zu verwirklichen.
6. Die Partei behält sich die Aufstellung eines besonderen Revisionsprogrammes vor. Folgende Punkte sieht sie aber schon heute als besonders dringlich an: a) Bestimmungen gegen Ämterkumulationen. Ausschluss von Mitgliedern eines Geheimbundes von öffentlichen Ämtern. b) Vereinfachung des Gerichtsverfahrens. c) Steuerreform im Sinne möglicher Entlastung der mittellosen Klassen. d) Anwendung des Reingewinns der Hypothekarkasse auf kleinere Darlehen von unter 5000 Franken. e) Wiedereinführung der Todesstrafe. f) Entsumpfungen im Hasletal und Seeland: Revision des Entsüpfungssperimeters.
7. Die Partei verlangt in eidgenössischen Fragen die Einführung des obligatorischen Referendums.

8. In dem unvermeidlichen Kampf der Parteien soll der Geist der Vaterlandsliebe niemals durch persönliche Interessen und Machtfragen sich verdunkeln lassen<sup>71</sup>.

Die Organisation der Partei ging mühsam vonstatten. Zwei Aufgaben wurden als vordringlich angesehen: die Gründung von oppositionellen Presseorganen in allen Landesgegenden und von Parteisektionen in jedem Amt des Kantons Bern. Gleich zu Beginn häuften sich die Schwierigkeiten. Es war vorgesehen, dass die einzelnen Sektionen sich selbständig bilden sollten, ohne dass die Zentrale einen Druck ausübte oder Vorschriften erliess. Dies hatte zur Folge, dass die Organisationen von Ort zu Ort differierten; es kam zu grossen Meinungsverschiedenheiten; in einigen Gegenden machte die Partei recht gute Fortschritte, andernorts erklärten die Vertrauensmänner der Partei rundweg, in ihrem Gebiet sei die Stimmung der Bevölkerung so sehr der herrschenden Partei günstig gestimmt, dass es gar keinen Zweck habe, eine Sektionsgründung auch nur ins Auge zu fassen: weder bestünden Aussichten, dass die konservative Partei an Boden gewinnen könne, noch habe es einen Sinn, für die Wahlen Kandidaten aufzustellen. Der Sekretär der Bernischen Volkspartei, Carl Heinrich Mann, der sich um das Zustandekommen einer soliden Parteiorganisation mit grosser Hingabe bemühte, geriet ob solch kleinmütiger Ansichten in grossen Zorn, aus dem er in den Parteiprotokollen kein Hehl machte<sup>72</sup>. Man kann deutlich erkennen: Die Wirksamkeit und Bedeutung einer Sektion stand und fiel, je nachdem, welche Persönlichkeit an ihrer Spitze stand. Einer der Gründe, die dazu führten, dass es der Bernischen Volkspartei nicht gelang, sich im ganzen Kanton durchzusetzen, war der Mangel an geeigneten Führern, die sowohl organisatorisches Talent besaßen als auch so grossen Respekt und Ansehen genossen, um sich gegenüber andern durchsetzen zu können. Dies spielte bei einer Partei, die jedem Zentralismus abhold war, selbst in ihren eigenen Reihen, eine ganz bedeutende Rolle<sup>73</sup>.

<sup>71</sup> Be V 1882, 102, AKTENSTÜCKE, 223 und in den PROTOKOLLEN, 1899 bis 1908.

<sup>72</sup> Vgl. Briefe von Giljan Rösti vom April 1886 und dazu den Kommentar von Carl Mann in PROTOKOLLE, 1885 bis April 1899.

<sup>73</sup> Über die Anfänge der Bernischen Volkspartei siehe «Geschichte der Volks-

Es kam hinzu, dass die Partei den «Schwung», durch den sie bei der Gründung beflügelt worden war, nicht auszunutzen verstand. Sie geriet gleich zu Beginn in eine Art «Führungskrise». Die leitenden Männer konnten die Organisation der Partei erst etwa ein Jahr nach der Gründung an die Hand nehmen<sup>74</sup>.

Die Organisation der Partei wurde beinahe von Parteitag zu Parteitag abgeändert: Einmal wurde die Spitze verbreitert, das nächste Mal wieder verkleinert – es würde hier zu weit führen, alle Stadien ausführlich zu beschreiben. Die Parteispitze wurde durch das Zentralkomitee gebildet, dann folgte der Landesausschuss und als unterste Instanz der Parteitag. Nach einigen Jahren wurde auf die Institution des Landesausschusses, die sich nicht bewährt hatte, verzichtet, dagegen erweiterte man das Zentralkomitee.

Ins erste Zentralkomitee wurden die Herren Dr. Gottlieb Beck, Präsident, Henri Heller, Dr. Eduard von Müller, alt Bundesrat Ochsenbein und Carl Heinrich Mann gewählt<sup>75</sup>. Schon ein Jahr später wurde es erweitert durch die Herren Emil Elsässer (Kirchberg), Dr. Rudolf Stettler und Major Hiltbrunner<sup>76</sup>. Das Präsidium wechselte in den ersten Jahren sehr oft, bis es von Dürrenmatt übernommen wurde. Dr. Beck gab es schon Ende 1884 ab, ihm folgte von 1885 bis 1888 Dr. von Müller und von 1888 bis 1891 Henri Heller<sup>77</sup>. Erst seit 1891 stand Dürrenmatt an der Spitze der Bernischen Volkspartei und blieb in dieser Stellung bis zu seinem Tode. Erster Sekretär der Partei war Carl Mann. Er bekam für seine Arbeit eine jährliche Entschädigung von 200 Franken<sup>78</sup>. 1883/84 kam es zu Differenzen

partei im Jahr 1883 und 1884», Manuskript von Carl H. Mann. Dazu die Bände AKTENSTÜCKE und AKTENBAND. Wahrscheinlich ist ein Band mit den Berichten über das Jahr 1882 und Anfang 1883 verlorengegangen.

<sup>74</sup> Laut Mann waren sie an einer fruchtbaren Arbeit für die Partei verhindert wegen Landesabwesenheit und Krankheit. Vorbemerkungen zur Sitzung des Zentralkomitees vom 9. November 1883. PROTOKOLLE, 1883/84.

<sup>75</sup> Bericht über den Parteitag in Be V 1882, 99.

<sup>76</sup> Bericht über den Oberburger Parteitag vom 4. März 1883 in den Protokollen der Volkspartei (ohne Datum), ferner Be V 1883, 19.

<sup>77</sup> PROTOKOLLE, 1883 bis 1891.

<sup>78</sup> PROTOKOLLE, 1883/84. Verwahrung zu Protokoll von Carl Mann, 15. (Es war offenbar zu Differenzen zwischen Mann und der Parteileitung – vermutlich mit Henri Heller – gekommen. Dezember 1883.)

zwischen Mann und der Parteileitung. Die Protokolle aus dieser Zeit waren unauffindbar. Zum Nachfolger von Mann scheint Dr. Stettler ernannt worden zu sein<sup>79</sup>. Carl Mann spricht von einem Nachfolger, ohne dessen Namen zu nennen<sup>80</sup>. Schon nach einigen Monaten bis Mitte März 1887 wurden die Protokolle wieder von Mann geführt. Es folgte eine Zeit, in welcher offensichtlich niemand die Sekretariatsgeschäfte führte. Erst im Jahre 1889 wurde ein neuer Sekretär gewählt in der Person von Friedrich Burren, Redaktor am «Berner Tagblatt»<sup>81</sup>. Er erhielt eine Entschädigung von 100 Franken im Jahr<sup>82</sup>. In Zeiten von grossen Agitationen wurde er unterstützt von Mann, später von Oberst Alphonse Bauer in Bern, welcher letzterer 1907 sein Nachfolger wurde<sup>83</sup>.

Der «Landesausschuss», in dem alle Landesgegenden gleichmässig vertreten sein sollten und an dessen Spitze Jakob Lüdi, Gemeindepräsident von Heimiswil, stand<sup>84</sup>, wurde immer stärker erweitert. Sitzungen wurden nur sehr selten abgehalten, die grosse Zahl von Mitgliedern verhinderte eine fruchtbare Arbeit. Ende der achtziger Jahre wurde diese Einrichtung ganz fallengelassen. Man erweiterte nun das Zentralkomitee und bemühte sich, dass möglichst alle Landesgegenden darin vertreten waren. Es war oft gar nicht leicht, Männer aus den Regionen, in denen die Volkspartei keinen grossen Anhang hatte, zu finden, die bereit waren, im Komitee mitzuarbeiten. Man versuchte oft, sie dadurch zu überreden, dass man ihnen versprach, ihre Namen würden auf gar keinen Fall publiziert werden<sup>85</sup>! Obschon die Zentralkomiteesitzungen meist nur sehr schwach besucht waren, erwies sich der ganze Apparat als recht schwerfällig. Deshalb wurde in Zeiten grosser Abstimmungs- und Wahlkämpfe aus dem Zen-

<sup>79</sup> PROTOKOLLE, 1883/84.

<sup>80</sup> Der einzige Hinweis auf Dr. Stettler ergibt sich aus zwei Aufrufen der Bernischen Volkspartei in der «Buchszeitung» vom 9. Februar 1884. Be V 1884, 12, die von Dr. Stettler als Sekretär unterzeichnet sind.

<sup>81</sup> PROTOKOLLE, Sitzung des Zentralkomitees vom 7. Mai 1889.

<sup>82</sup> PROTOKOLLE, Sitzung des Zentralkomitees vom 7. Mai 1889.

<sup>83</sup> PROTOKOLLE, Sitzung des Zentralkomitees vom 11. August 1908. Definitive Wahl von Oberst Alphonse Bauer. Er vertrat Burren schon seit dem 1. Oktober 1907.

<sup>84</sup> Be V 1883, 69.

<sup>85</sup> Vgl. den Brief von Sekretär Burren an Lehrer Hari in Adelboden vom 26. März 1902. In PROTOKOLLE, 1899 bis 1908.

tralkomitee heraus von Fall zu Fall ein «engeres Komitee» gebildet. Im Anfang erfolgte die Wahl der Zentralkomiteemitglieder durch den Landesausschuss, später durch den Parteitag; meist wurden sie vorgeschlagen durch das Zentralkomitee, es kam aber auch hin und wieder vor, dass ein Mitglied auf Vorschlag von Teilnehmern durch den Parteitag ernannt wurde.

Dürrenmatt wurde und wird meist als der Gründer der Bernischen Volkspartei angesehen. Seine Tätigkeit beschränkte sich aber in den ersten Zeiten auf die Ob- und Nid-aargauische Volkspartei, deren Sekretär (später Präsident) er war, und auf die Wirkung und Werbung, die von der «Berner Volkszeitung» ausging. Im Januar 1885 wurde er ins Zentralkomitee gewählt – vorher war er oft zu Sitzungen hinzugezogen worden, in denen Presseangelegenheiten behandelt wurden –, lehnte diese Wahl jedoch ab<sup>86</sup>. Er erschien auch an den zahlreichen Sitzungen nicht, die zu Beginn des Jahres abgehalten wurden, nahm dann plötzlich, vom Mai 1885 an, regelmässig an den Zusammenkünften teil, ohne dass eine neuerliche Wahl erfolgt wäre<sup>87</sup>. Wie sehr er aber als Verkörperung der Partei angesehen wurde und wie stark die Partei mit ihm identifiziert wurde, geht daraus hervor, dass schon während des Kampfes um die Verfassungsrevision von 1883 bis 1885 die Anhänger der Volkspartei als «Dürrenmättler» titulierte wurden und die Volkspartei kurzweg als «Dürrenmattpartei» bezeichnet wurde.

Finanziert wurde die Partei fast ausschliesslich durch Zuwendungen von Gönnern; einzelne Sektionen erhoben auch Mitgliederbeiträge, doch war diese Einnahmequelle von untergeordneter Bedeutung – meist reichten diese Einnahmen nicht einmal aus, um die bescheidenen laufenden Ausgaben der betreffenden Sektionen zu decken –, ganz abgesehen davon, dass der Grossteil der leitenden Männer der Volkspartei dieser Art der Finanzierung äusserst kühl gegenüberstand. Ebenso wenig kannte die Partei

<sup>86</sup> PROTOKOLLE, Sitzung des Zentralkomitees vom 3. Januar 1885. Anschliessend Bericht vom Parteitag.

<sup>87</sup> PROTOKOLLE, Sitzung vom 9. Mai 1885. Nimmt von da an ständig an den Komiteesitzungen teil. (Die Sitzung vom 9. Mai 1885 betraf die Bewerbung von Buchdrucker Fischer als Redaktor der «Emmenthaler Nachrichten». Fischer war bis dahin Faktor bei Ulrich Dürrenmatt gewesen. Dürrenmatt verwandte sich warm für Fischer.)

die Einrichtung von sogenannten «Ehrenmitgliedern», wie sie z. B. bei den Vereinigten Konservativen anzutreffen war; ein Ehrenmitglied hatte jährlich einen Mindestbeitrag in die Parteikasse zu zahlen<sup>88</sup>. Wenn die Volkspartei plante, das Referendum oder die Initiative zu ergreifen oder wenn ein bedeutender Abstimmungs- oder Wahlkampf bevorstand, wurde unter den vermögenden Parteimitgliedern und Personen, die jeweils an der betreffenden Kampagne interessiert waren, eine Sammlung veranstaltet. Die Ergebnisse solcher Sammlungen reichten meist aus, die entstandenen Kosten zu decken ohne dass die Parteikasse allzusehr in Mitleidenschaft gezogen wurde. Seit sich die Parteifinanzen in den Händen von Kassier Eduard von Fischer (Eichberg) befanden<sup>89</sup>, herrschte vorbildliche Ordnung. Unter seiner gewissenhaften und energischen Verwaltung kam es nicht vor, wie dies etwa bei den Vereinigten Konservativen der Stadt Bern der Fall war, dass sich die Partei mit der Deckung von Defiziten herumzuschlagen hatte<sup>90</sup>.

Noch schwieriger erwies sich die Verwirklichung des andern Zieles, das sich die Partei gleich zu Beginn gesetzt hatte: der Gründung eigener Presseorgane zur wirksamen Bekämpfung des Radikalismus in allen Kantons teilen. Man versuchte es auf verschiedene Weisen: Zeitungen wurden neu ins Leben gerufen, wie die «Emmenthaler Nachrichten», oder man beschloss, an schon bestehende Blätter Geldbeiträge zu leisten mit der Auflage, dass die betreffenden Zeitungen Parteiaufrufe veröffentlichten, parteifreundliche Artikel aufnahmen und die Spalten den Gegnern der Volkspartei verschlossen, wie dies beim «Seeland» der Fall war. Nach mühsamen Verhandlungen erschienen nach und nach als Organe der Bernischen Volkspartei: «Der freie Oberländer», das «Seeland», die «Freiheit» und die «Emmenthaler Nachrichten», später der «Berner Bote»<sup>91</sup>. Diese Unter-

<sup>88</sup> Über die «Ehrenmitglieder» siehe Statuten der Konservativ-demokratischen Partei von 1903, § 4, in den Protokollen der Vereinigten Konservativen der Stadt Bern, 2, 1899 ff.

<sup>89</sup> Von Fischer war Kassier seit dem 28. Juli 1891. PROTOKOLLE, Sitzung des Zentralkomitees.

<sup>90</sup> Vgl. PROTOKOLLE der Volkspartei der Jahre 1883 bis 1908, jeweils die Rechnungsberichte. Dagegen die Rechnungsberichte der Vereinigten Konservativen der Stadt Bern, so z. B. von den Sitzungen vom 10. Oktober 1899, 5. Dezember 1900, 19. April und 30. September 1901, 2. September 1902 usw.

<sup>91</sup> Vgl. die Verhandlungen der Volkspartei in den Jahren 1883 bis 1886.



nehmen standen nicht gerade unter einem guten Stern. Die meisten dieser Zeitungen gingen nach wenigen Jahren ein, gerieten in Konkurs oder fusionierten mit andern Blättern. Nur gerade die «Emmenthaler Nachrichten» hatten Bestand; allerdings verfochten sie bald einmal einen von der Partei recht unabhängigen Standpunkt. So blieb der Partei als publizistisches Kampfmittel nur noch die «Berner Volkszeitung», die mit der Zeit überregionale Bedeutung erlangt hatte; daneben stand ihr ebenfalls das 1888 gegründete «Berner Tagblatt» offen.

Es gilt nun noch, einen Blick auf die Verhältnisse der Konservativen der Stadt Bern zu werfen.

In der Stadt Bern gab es um 1882 drei konservative Gruppen<sup>92</sup>: den Berner Leist, den «Verein der Unabhängigen» unter Führung von Regierungsrat von Steiger und den Christlichen Volksverein, bestehend aus den Männern um Dr. Beck, die sich, wie weiter vorn geschildert, vom «Verein der Unabhängigen» getrennt hatten. Der Christliche Volksverein konstituierte sich nach Gründung der Bernischen Volkspartei als stadtbernische Sektion derselben<sup>93</sup>. Zu den schon erwähnten Mitgliedern wie Dr. Beck, Heller, Mann traten noch einige Bernburger und Patrizier, wie Fürsprech Stuber und Alexander von Tavel, die den Zerfall der Konservativen Partei nach der Fusion von 1854 auf das Versagen und die zuwenig energische Haltung der damaligen Führer zurückführten. Der Kreis der Patrizier, die der Volkspartei beitraten, war recht klein; es gehörten dazu Karl Ludwig von Fischer, Ludwig Friedrich Gustav von May, Eduard von Fischer (Eichberg).

1888 schlossen sich die stadtbernischen Gruppen zusammen unter dem Namen der «Vereinigten Konservativen»<sup>94</sup>. Zur selben Zeit konnte auch die Gründung einer Tageszeitung verwirklicht werden<sup>95</sup>. Die Zeitung sollte allen drei Richtungen der Partei offenstehen, was ständige Reibereien zur Folge hatte<sup>96</sup>.

<sup>92</sup> Vgl. GRUNER, 57 ff. (Verhältnisse von 1878); 68 ff. (Parteiverhältnisse während der achtziger Jahre).

<sup>93</sup> Erinnerungen an Alexander von Tavel, 77. <sup>94</sup> Vgl. GRUNER, 94 ff.

<sup>95</sup> GRUNER, 94 ff.

<sup>96</sup> Die «Unabhängigen» beteiligten sich erst 1889 am «Berner Tagblatt». Man suchte ihre Hilfe wegen der finanziellen Beteiligung. Über die Schwierigkeiten,



Die Bernische Volkspartei hatte ihre grössten Erfolge während der achtziger Jahre, vor allem in den Referendumsbewegungen, bei dem Kampf um die Verfassungsrevision im Kanton Bern und bei den Nationalratswahlen von 1887, als es ihr gelang, im Oberaargau drei von vier Sitzen zu erobern.

In den neunziger Jahren folgten ruhigere Zeiten. Zwar gab es 1891 im Zusammenhang mit der Eisenbahnrückkauffrage nochmals einen grossen Erfolg. Hauptsächlich wegen des grossen Fehlschlags in der «Beutezuginitiative» 1894 geriet die Partei in eine schwere Krise. Dürrenmatt liess sich nur mit Mühe bewegen, weiterhin den Parteivorsitz zu behalten<sup>97</sup>. Von diesem Zeitpunkt an versuchte er bei jeder Erneuerungswahl des Zentralkomitees, seine Demission einzureichen.

Nach und nach geriet die Partei in einen immer grösseren Verfall. Um 1900 drängte sich eine völlige Reorganisation auf. In der Sitzung des «engern Komitees» vom 12. Februar konstatierte Dürrenmatt, dass es ausser in Fraubrunnen und Herzogenbuchsee nirgends mehr Sektionen der Volkspartei gebe. Man beschloss, sofort die Ausarbeitung neuer Statuten und eines neuen Programms an die Hand zu nehmen<sup>98</sup>. Sie wurden im «engern Komitee» entworfen, im Zentralkomitee beraten und am 13. April 1902 vom Volksparteitag zu Kalchhofen genehmigt<sup>99</sup>. Die «Grundsätze und Statuten der Bernischen Volkspartei» von 1902 gliederten sich in die drei Rubriken: Grundsätze, Organisation und Propaganda.

Grundsätze: I. Die Volkspartei sucht zur Sammlung unter ihrer Fahne diejenigen Bürger, welche auf Grundlage der konservativen Demokratie und des positiven Christentums am Wohle des Vaterlandes arbeiten wollen. Sie steht für Glaubens- und Gewissensfreiheit ein.

II. Die Bestrebungen sind zunächst auf den Kanton Bern gerichtet. In eidgenössischen Angelegenheiten will sie an der Förderung der gesamt-

allen Parteirichtungen gerecht zu werden, vgl.: Erinnerungen von Albert von Tavel in *Berner Tagblatt* 1938, 283.

<sup>97</sup> Vgl. die Verhandlungen des Zentralkomitees vom 19. Februar 1895, dann jeweils die Protokolle der letzten Sitzung, welche vor einem Parteitag abgehalten wurde.

<sup>98</sup> PROTOKOLLE, Sitzung des engeren Komitees vom 12. Februar 1901.

<sup>99</sup> PROTOKOLLE, Bericht vom Parteitag zu Kalchhofen. – Be V 1902, 31.

schweizerischen Interessen mitwirken, aber darauf achten, dass die verfassungsmässige Stellung der Kantone und ihre berechtigten Interessen bewahrt bleiben. Sie steht ein für die Hebung der Wehrkraft. Sie wird allen Bestrebungen entgegentreten, die geeignet sind, unser Land in politische oder wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland zu bringen. Ihr Grundsatz lautet: Den Kantonen, was den Kantonen, dem Bund, was dem Bund gehört. Sie betrachtet die fortwährende Vermehrung der Bundesbürokratie als eine grosse Gefahr für die Wohlfahrt des Landes.

III. Die Eltern haben ein natürliches Recht, für ihre Kinder eine christliche Erziehung zu beanspruchen.

IV. Die Volkspartei anerkennt die Pflicht des Staates, für die Hebung der Volkswohlfahrt zu sorgen. Ihr Bestreben geht hauptsächlich auf die Erhaltung eines gesunden Mittelstandes und auf eine anständige Existenz aller arbeitenden Klassen.

V. Sie verlangt gesetzliche Massnahmen gegen den Alkoholismus und die Zerrüttung des Familienlebens und unterstützt auf Erhaltung der Sonntagsruhe gerichtete Bestrebungen.

VI. Nächste politische Ziele: a) Auf eidgenössischem Gebiet: 1. Einführung des obligatorischen Finanz- und Gesetzesreferendums. 2. Einführung des Proportionalwahlverfahrens. b) Auf kantonalem Gebiet: 1. Der Proportz bei Grossratswahlen. 2. Volkswahl des Regierungsrates. 3. Ein Gesetz gegen Ämterkumulation. 4. Einführung eines Verwaltungsgerichts als oberste Instanz in Steuersachen. 5. Revision des Verantwortlichkeitsgesetzes. 6. Vereinfachung des Staatshaushalts.

Bevor das proportionale Wahlverfahren eingeführt ist, bietet die Partei weder zu einer neuen Art der Besteuerung noch zu einer Steuererhöhung Hand.

Die Geheimbündelei wird als eine Gefahr für das öffentliche Leben bekämpft.

Organisation: I. Mitgliedschaft: Jeder Schweizer Bürger, der mit den Zielen der Volkspartei einverstanden ist. Es soll auf möglichst viele eingeschriebene Mitglieder Bedacht genommen werden. Auflagen und Beiträge: Die eingeschriebenen Mitglieder bezahlen eine jährliche Auflage von wenigstens einem Franken; die nicht eingeschriebenen Mitglieder einen einmaligen oder einen jährlichen Beitrag.

II. Sektionen: Im ganzen Kanton sollen Sektionen errichtet werden; eine Sektion besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Jede Sektion hat ein Verzeichnis ihrer Mitglieder zu führen. Die eine Hälfte der Mitgliedsbeiträge ist dem Zentralkassier abzuliefern, die andere Hälfte verbleibt der Sektion.

III. Organe: 1. Die Hauptversammlung. Sie findet wenigstens alle zwei Jahre statt und stellt die Urversammlung der Partei dar. 2. Das Zentralkomitee. Dieses wird von der Hauptversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Der Präsident, die beiden Vizepräsidenten, der Kassier und der Sekretär bilden mit vier bis sechs andern vom Zentralkomitee zu bezeichnenden Mitgliedern desselben das engere Komitee. Dasselbe hat die laufenden Geschäfte zu besorgen und wichtige grundsätzliche Fragen zur Behandlung im Zentralkomitee vorzubereiten.

Propaganda: I. Jedes Mitglied des Zentralkomitees ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass Sektionen gegründet werden. Den Sektionen ist es gestattet, sich untereinander zu grössern Verbänden zu vereinigen oder sich mit andern gesinnungsverwandten Gruppen zu verbinden.

II. Jedes Mitglied soll sich bemühen, der Partei jährlich wenigstens zwei neue eingeschriebene Mitglieder zuzuführen.

III. Ein besonderes Augenmerk sei auf die Heranziehung der jüngern stimmberechtigten Bürger zu richten<sup>100</sup>.

Wenn man die beiden Parteiprogramme von 1882 und 1902 miteinander vergleicht, fällt sofort ins Auge, dass das zweite klarer und präziser abgefasst ist. Die Bestimmungen über Organisation und Propaganda nehmen einen grossen Raum ein. Der Zeit der Experimente in der Parteiorganisation sollte ein Ende bereitet werden: Im Hinblick auf die Verwirklichung der Volkswahl des Regierungsrates sollte die Partei zu einem schlagkräftigen Apparat entwickelt werden, der sich in allen Landesgegenden auf zuverlässig arbeitende Sektionen verlassen konnte. Man hatte die Notwendigkeit erkannt, dass das moderne Parteileben mehr eingeschriebene Mitglieder verlangte; ein allzu loses Netz von Vertrauensleuten, das nur von Fall zu Fall – und selbst dann bloss wenn persönliche Inter-

<sup>100</sup> Das neue Parteiprogramm «Grundsätze und Statuten der Bernischen Volkspartei», PROTOKOLLE, 1899 bis 1908; ferner befinden sich mehrere Exemplare in der Landesbibliothek in Bern.

essen im Spiel waren – in Aktion trat, genügte den Anforderungen der damaligen Politik nicht mehr. Es wurde deutlich, wie sehr der Partei der Nachwuchs fehlte; die Bestrebungen, junge Leute für die Parteiarbeit zu rekrutieren, wurden intensiviert.

In beiden Programmen wurde ausdrücklich Gewicht daraufgelegt, zu betonen, dass die Partei auf dem Boden des positiven Christentums stehe. 1902 wurde ausserdem der Begriff «konservative Demokratie» besonders hervorgehoben. (Die Bezeichnung «konservativ» wurde 1882 nirgends verwendet; dagegen stellte Dürrenmatt 1902 fest: Wir sind stolz darauf, die einzige Partei im protestantischen Bereich zu sein, die sich noch «konservativ» zu *nennen* wagt!<sup>101</sup>)

Es wird beide Male deutlich, dass für die Bernische Volkspartei die kantonale Politik vor der eidgenössischen den Vorrang hat, 1902 kommt dieser Zug sogar noch deutlicher zum Ausdruck als 1882. Die Forderung nach christlicher Schulbildung bleibt; die 1882 geforderte Schulsynode wurde inzwischen geschaffen, das neue Programm wünschte die Erweiterung ihrer Kompetenzen.

Neu ist 1902 die stärkere Hervorhebung der Erhaltung eines gesunden Mittelstandes; in bezug auf Hebung der Volkswohlfahrt wird vor allem die Bekämpfung des Alkoholismus in den Vordergrund gestellt.

Die kantonale Verfassungsrevision, welche im Programm von 1882 einen breiten Raum eingenommen hatte, war inzwischen verwirklicht worden. Auch die Wiedereinführung der Todesstrafe tauchte nicht wieder auf; dagegen wurde auf Antrag Bauer der zuerst fallengelassene Artikel gegen die Geheimbünde doch wieder ins Programm aufgenommen<sup>102</sup>. In der Frage der Erweiterung der Volksrechte war durch Einführung der Initiative in Kanton und Bund ein Anliegen der Partei in Erfüllung gegangen; der Ruf nach dem obligatorischen Referendum in eidgenössischen Angelegenheiten wurde mit unverminderter Stärke erhoben. 1882 war die Idee des proportionalen Wahlverfahrens im Kanton Bern noch nicht sehr verbreitet gewesen: 1902 wurde auf diesen Punkt ganz besonders grosses Gewicht gelegt. Als typisch konservative Forderungen standen das

<sup>101</sup> PROTOKOLLE, Sitzung des engeren Komitees vom 9. April 1901.

<sup>102</sup> PROTOKOLLE, Sitzung des engeren Komitees vom 24. September 1901.

Verlangen nach Vereinfachung des Staatshaushaltes, Bestimmungen gegen Ämterkumulationen und 1902 noch die Revision des Verantwortlichkeitsgesetzes auf dem Programm.

Es waren vor allem drei Faktoren, die ein erfolgreiches Anwachsen und Wirken der Volkspartei verunmöglichten:

1. Die Partei war eine Sammlung von Individualisten, die sich selten auf ein gemeinsames Vorgehen einigen konnten. Bei den meisten bestand eine unüberwindbare Abneigung, sich organisieren zu lassen oder einer Parteidisziplin zu unterwerfen. Diese Uneinigkeit in fast allen politischen Fragen lässt sich wie ein roter Faden durch alle Besprechungen und Verhandlungen der Partei verfolgen. Es gab kaum eine wichtige Abstimmung oder Vorlage, in der sich die Komiteemitglieder über das Vorgehen oder die Haltung, die man in der betreffenden Angelegenheit einnehmen wollte, einig waren. Die Mitglieder behielten sich ihre persönliche Stellungnahme, auch gegenüber der Öffentlichkeit, völlig offen. Dürrenmatt machte darin keine Ausnahme. Wenn es schon schwerhielt, sich in der Volkspartei selbst auf eine gemeinsame Linie festzulegen, so war eine Verständigung mit den stadtbernischen Konservativen oft nur mühsam zu erreichen; noch viel weniger wollte es gelingen, eine einheitliche Basis zu finden in eidgenössischen Fragen mit den konservativen Gruppen der andern Kantone. Wie klar dies Dürrenmatt erkannte, erhellt der Kommentar, den er nach der Abstimmung vom 13. November 1898 über die Rechtseinheit verfasste<sup>103</sup>.

2. Zwischen der Volkspartei und den Vereinigten Konservativen der Stadt Bern bestand eine Kluft, die nicht überbrückt werden konnte, trotz der wiederholten Versuche einsichtiger Persönlichkeiten. Leider scheiterten auch alle Bemühungen von Redaktor Burren vom «Berner Tagblatt», der durch das grosse Vertrauen, das er bei beiden Parteien genoss – er war eine Zeitlang sowohl Präsident der Vereinigten Konservativen wie Sekretär der Volkspartei – und sein vermittelndes und zu Kompromissen bereites Wesen dazu prädestiniert gewesen wäre. Im Gegenteil, die Gegensätze zwischen den beiden Gruppen wurden immer grösser. Eine wichtige Rolle spielte dabei die persönliche Gegnerschaft zwischen Regierungsrat von

<sup>103</sup> Siehe Anhang S. 404 ff.

Steiger und Dürrenmatt. Das Verhältnis zwischen den beiden war zu Beginn der achtziger Jahre noch recht gut, verschlechterte sich aber zusehends. Seit 1888, als die Volkspartei die Partialrevision der Kantonalverfassung, deren Miturheber Regierungsrat von Steiger gewesen war, aufs heftigste bekämpfte und die beiden führenden konservativen Politiker in getrennten Lagern fochten<sup>104</sup>, traten neben sachliche Differenzen immer mehr auch persönliche. Dürrenmatt verschonte von Steiger nicht mehr länger in seinen Titelgedichten und griff ihn auch in Artikeln mehr oder weniger scharf an<sup>105</sup>, und wenn er anfangs immer noch durchblicken liess, dass er von der Persönlichkeit von Steigers trotz allem einen gewissen Respekt empfinde, so wurden die Angriffe mit der Zeit immer schneidender und kompromissloser. Es gab kaum mehr eine bedeutende politische Frage – eine Ausnahme bildete etwa der Proporz – in der sich Dürrenmatt und von Steiger noch einig waren. Dies führte bald – zur Freude der Gegner – zu recht lebhaften Auseinandersetzungen im Grossen Rat<sup>106</sup>.

Zum andern konservativen Vertreter im Regierungsrat, dem im Jahre 1892 in die Regierung gewählten Oberförster von Wattenwyl, herrschte offenbar von Anfang an eine ausgesprochene persönliche Antipathie<sup>107</sup>. Diese Divergenzen trugen jedenfalls mit dazu bei, dass Dürrenmatt im Februar 1895 vorübergehend aus der konservativen Fraktion im Grossen Ratsrat austrat<sup>108</sup>. Nach der Abstimmung über die «Beutezuginitiative» vom 4. November 1894 soll Regierungsrat von Steiger erklärt haben, er nehme an keiner Fraktionssitzung mehr teil, solange Dürrenmatt im Vorstand sitze. Dürrenmatt wiederum hatte sich über mangelnde Disziplin innerhalb der Fraktion beklagt. Im Frühjahr 1895 kam es in der Fraktion zu schweren Auseinandersetzungen, weil kein konservatives Grossratsmitglied bereit war, sich als Zählkandidat bei den Stände- und Regierungsratswahlen gegen die Radikalen aufstellen zu lassen. Der Austritt Dürrenmatts aus der Fraktion erfolgte freiwillig, von seiten der Partei wurde kein Druck auf ihn ausgeübt<sup>109</sup>. Zu der Zeit – es war kurz vorher auch noch zu Zusam-

<sup>104</sup> Über den Gegensatz von Steiger–Dürrenmatt vgl. GRUNER, 179ff.

<sup>105</sup> Z.B. Be V 1888, 78; 1889, 2; 1894, 55.

<sup>106</sup> GRUNER, 81ff. – TAGBLATT 1895, 55ff.

<sup>107</sup> PROTOKOLLE, Sitzung des Zentralkomitees vom 22. Oktober 1895.

<sup>108</sup> Be V 1895, 18. <sup>109</sup> Berner Tagblatt 1895, 53.

menstössen zwischen Dürrenmatt und von Steiger in der Impffrage gekommen – verfasste Dürrenmatt folgendes Gedicht auf seinen Gegenspieler.

*Guggisberger Schnaderhüpf*<sup>110</sup>

D'r Stiger ist tuba  
U grüesst mi nit meh,  
I bin ihm nid luba,  
Das hani jitz g'sch.

Süst was er no fründlich  
U gnedig derby;  
Ist schriftlich u mündlich  
Recht artiga g'sy.

We d'Wahl ihm het g'waagget  
U g'dreckt wie Lett,  
De ist er no gschnagget –  
Jitz ist er am Brett!

Un i ha's verchallhet,  
Das cham nid ang'fehrt!  
I hane verwalhet –  
Doch nadisch nid hert.

Ha mengist ne ghäbe  
I gfahrleher Not,  
U muess es erläbe –  
Aer bätet mi z'Tod.

Der Mundi ist tuba,  
Ist tub wie-n-as Biel;  
I bin ihm nid luba,  
Doch macht es nid viel.

3. Es fehlte der Partei an fähigen, ausgeprägten Persönlichkeiten. Man kann etwa sehen, dass die Partei recht gute Fortschritte machte und an Einfluss gewann in einer Gegend, in der ein einzelner die Organisation ziel-

<sup>110</sup> Be V 1895, 6.



strebig an die Hand nahm, wie zum Beispiel im Amte Fraubrunnen, wo alt Grossrat Knuchel mit Eifer und Ausdauer eine aktive Sektion aufbaute<sup>111</sup>.

Es ergibt sich aus dem Gesagten fast zwangsläufig, dass alle Bestrebungen, eine einheitliche konservative Partei auf eidgenössischer Ebene zu schaffen, über schüchterne Anfänge nicht hinaus kamen. Zu Beginn der achtziger Jahre, als man sich in den politischen Fragen zu gemeinsamem Vorgehen zusammenfand, scheiterten die Versuche am Widerstreben und Misstrauen der reformierten Konservativen, und als der religiöse Gegensatz eine geringere Rolle zu spielen begann, konnte man die politischen Ansichten nicht mehr miteinander in Einklang bringen<sup>112</sup>.

Dürrenmatt erkannte die Unzulänglichkeiten und Schwächen seiner Partei und den übrigen konservativen Bewegungen schon sehr frühzeitig. Er warnte vor dem Entgegenkommen der Radikalen, den Konservativen in der Regierung und auf den Präsidentenstühlen der legislativen Behörden eine Vertretung zu gewähren. Er sah darin eine ernsthafte Gefahr für die Partei, die durch solche Vorgänge gespalten werde, vor allem, da die herrschende Partei nur solche Konservative portierte, die ihr genehm seien. Er verlangte für die Minderheitsparteien das Recht, ihre Kandidaten selbst zu bestimmen. Er wandte sich mit allen Mitteln gegen den «Gnadenproporz», wie er ihn nannte. Solche Gedanken führte er in der Debatte für die Volkswahl des Regierungsrates im Jahre 1896 aus: «Ist es etwas Unbilliges, wenn die Minderheiten sagen: Wir verlangen ... konservative Regierungsräte, die das Recht haben, in der Regierung so konservativ zu sein, als die andern Herren radikal sind; sie sollen nicht nur so weit konservativ sein, als es der radikalen Mehrheit im Grossen Rate und in der Regierung beliebt; sie sollen konservativ sein dürfen nach ihrer eigenen Auffassung. Damit will ich den gegenwärtigen Vertretern der Minderheit nicht etwa einen Vorwurf machen, dass sie nicht nach ihrer eigenen Auffassung, nach ihrer Überzeugung amtieren und politisch wirken. Durchaus nicht! Dafür sind die Leiter der herrschenden Richtung klug genug, dass man die Leute vorher ausliest, damit man nachher nicht in Verlegenheit kommt...»<sup>113</sup>

<sup>111</sup> Etwa das Wirken von alt Grossrat Knuchel von Iffwil bei Jegenstorf. PROTOKOLLE, Sitzung des Zentralkomitees vom 3. Juni 1902.

<sup>112</sup> Man vgl. dasselbe Problem beim Eidgenössischen Verein. RINDERKNECHT, 103 ff., 145 ff., 240 ff., 252 ff.

<sup>113</sup> TAGBLATT 1896, 48.

Wie klar Dürrenmatt die Situation schon im Jahre 1887 beurteilte, geht aus zwei Briefen hervor, die er damals an den Luzerner Schultheissen, Philipp Anton von Segesser, schrieb: «Es ist mir, als ob der grösste Unsegen auf den kleinen persönlichen Erfolgen laste, den die Minderheit in der Bundesversammlung bei Besetzung der Präsidenten- und Vizepräsidentenstellen errungen hat; Hoffnungen mögen sich daran knüpfen, deren Erfüllung jedenfalls sehr fraglich ist und um derentwillen auf keinen Fall die foederalistischen Grundsätze unserer Partei hätten preisgegeben werden sollen<sup>114</sup>.» Und: «Wie trostlos es in der bernischen Opposition aussieht, ist mir erst wieder so recht klar geworden, als ich letzte Woche einige Stunden den Verhandlungen des solothurnischen Verfassungsrates zuhörte... Wie matt und opportunitätsselig nimmt sich die Opposition in unserem Gr. Rate und leider mit einigen ehrenvollen Ausnahmen, die um Ihre Person gravitieren, sogar die Minorität in den eidgenössischen Ratsälen aus! Um einiger Präsidentenstellen willen<sup>115</sup> haben wir es mit Hülfe des Eidg. Vereins zu einem konservativen Centralismus gebracht, der sich der alten ehrlichen foederativen Grundsätze schämt, und den Kult vor dem unitarischen Götzenbild in Gesellschaft der Sozialdemokraten und Radikalbureakraten mitmacht... Im Kanton Bern fehlt uns das Holz zu konservativen Staatsmännern ganz und gar. Die grundsatzfesten Alten von der Trempe eines Tavel, Stuber, Fischer-Manuel wollen nicht mehr in die politische Arena, Ochsenbein's Stern ist verblichen (wenn wir diesen Mann nur im Gr. Rat hätten, rüstig und geistig frisch ist er noch immer), die jungen Patrizier kümmern sich nur um Bälle und reiche Heiraten, unsern braven Landkonservativen fehlt es meist an den nötigen Verwaltungskenntnissen, an Rednergabe und vor allem an politischem Mut. Wie schrecklich, wenn sich so ein untadelhafter Gemeindepräsident einmal im Grossen Rate mit einem lätzen Wort blamieren täte. Darum werden die meisten Oppositionsvertreter, wenn sie einige Jahre im Grossen Rate oder im Nationalrat gesessen ganz zahm und zuletzt Anhänger des Systems. Das wirkt dann

<sup>114</sup> Brief von Dürrenmatt an Philipp Anton von Segesser vom 14. Mai 1887.

<sup>115</sup> Dürrenmatt spielte auf die Wahl Zemps zum Vizepräsidenten (Juni 1885) und Präsidenten des Nationalrates an (Juni 1886). Zur selben Zeit hatte auch der Grosse Rat des Kantons Bern Otto von Büren zu seinem Vizepräsidenten bzw. Präsidenten ernannt.

immer wieder auf die Wahlen zurück und nicht mit Unrecht sagt das Volk:

Es ist ja gleichgültig, wen wir nach Bern schicken, sie machen doch alle miteinander. So ist es uns – leider Gott – in der Schnapsfrage sogar mit unserm werten Reg.rat Schär gegangen...

Auch die Ereignisse im Solothurnischen üben gewiss einen Eindruck auf unsere Landbevölkerung aus, und ich hielte es gar nicht für unmöglich, dass der Obergeraargau, welcher mit Solothurn in der engsten Fühlung steht, nächsten Herbst vier Vertreter der Opposition in den Nat.Rat wählte, wenn wir nur Kandidaten hätten, welche die Erwartungen der Wähler nicht enttäuschen würden.»<sup>116</sup>

Werfen wir noch einen kurzen Blick auf Dürrenmatts Wahlen und sein Wirken im Grossen Rat und im Nationalrat.

Er kandidierte erstmals für den Grossen Rat bei den Erneuerungswahlen des Jahres 1886 im Wahlkreis Herzogenbuchsee. Er kam in die Stichwahl und wurde im zweiten Wahlgang mit klarer Mehrheit gewählt<sup>117</sup>. Von da an wurde er, bis zu seiner Demission im Frühjahr 1908, anfangs stets noch heftig bekämpft, später unbestritten, immer wieder bestätigt. Seine erste Wahl wurde von den Radikalen mit bissigen Kommentaren aufgenommen. Nach den ersten Jahren, als der Versuch, Dürrenmatt im Rat völlig zu isolieren, gescheitert war, wuchs das Ansehen, das er dort genoss, ständig<sup>118</sup>. Seine einflussreiche Stellung im Grossen Rat wurde schliesslich auch von seinen Gegnern nicht mehr bestritten<sup>119</sup>. Es gelang ihm allmählich, in Fragen, bei denen es nicht um prinzipielle Entscheidungen ging, im Rat seine Meinung durchzusetzen. Bei mehreren wichtigen Gesetzeswerken versicherte sich die herrschende Partei seiner Mitarbeit, und er hat ein solches Entgegenkommen nicht enttäuscht, indem er stets gewissenhaft und loyal mitarbeitete und die Vorlagen auch mit Überzeugung vor dem Volk vertrat<sup>120</sup>.

Als im Zentralkomitee der Volkspartei die Frage diskutiert wurde, ob es nicht besser wäre, wenn die Mitglieder der Volkspartei aus der konservati-

<sup>116</sup> Brief von Dürrenmatt an Philipp Anton von Segesser vom 17. Juli 1887.

<sup>117</sup> Be V 1886, 39. <sup>118</sup> Vgl. *Bund, Berner Zeitung* und *NZZ* vom Mai 1886.

<sup>119</sup> *NZZ*, 1908, 209, 1. Morgenblatt.

<sup>120</sup> Z.B. die Verfassungsrevision von 1893, das Armengesetz usw.

ven Fraktion im Grossen Rat austreten würden und sich zu einer gesonderten Fraktionsgemeinschaft zusammenschliessen sollten, trat Grossrat Fritz Burren dieser Auffassung mit der Bemerkung entgegen, die konservative Fraktion bedürfe so sehr der Kräftigung, dass sie nicht noch eine Spaltung nötig habe. Im übrigen werde diese Schwäche mehr als ausgeglichen durch den unverkennbar starken Einfluss, den Herr Dürrenmatt in den Debatten des Rates ausübe<sup>121</sup>.

Schwieriger ist es, Dürrenmatts Stellung im Nationalrat zu umreissen. Dürrenmatt konnte sein Ziel, im eidgenössischen Parlament mitzuwirken, erst verhältnismässig spät erreichen.

Er kandidierte erstmals 1884 für den Nationalrat. Diese Wahlen gestalteten sich zu einer grossen Niederlage für die Bernische Volkspartei und für Dürrenmatt im besonderen. Er erhielt nur 2399 Stimmen, Nationalrat Leuenberger, der bei den siegreichen Radikalen am wenigsten Stimmen auf sich vereinigen konnte, deren 5264<sup>122</sup>. Um diese Kandidatur Dürrenmatt gab es noch lange Zeit in der gegnerischen Presse eine heftige Polemik, so dass sich Dürrenmatt veranlasst sah, am 23. November 1884 im Leitartikel «Unter meinem Dache» dazu Stellung zu nehmen. Er erklärte unter anderem: «In der masslos leidenschaftlichen Verlästerung, welcher ich während und nach dem Wahlkampf ausgesetzt war, ist mir nur das Eine aufgefallen, dass die radikale Presse, welche mich doch als ein wahres Scheusal von Apostasie und Reaktion darstellte, in ihrem Eifer, soweit mir wenigstens bekannt geworden, gerade einen nicht unwesentlichen Punkt vollständig vergass, nämlich auf die *Unfähigkeit* dieses meist verschrienen Kandidaten aufmerksam zu machen... Einen Ehrgeiz habe ich in der Tat gehabt und der ist in vollstem Masse befriedigt worden: Ich gab mich als Prügeljunge und Blitzableiter für die übrigen Kandidaten her und habe auch wirklich alle die persönlichen Donnerwetter, welche sonst unfehlbar auf die Häupter meiner Nebenkandidaten getroffen hätten, auf meine Person vereinigt.»<sup>123</sup>

<sup>121</sup> PROTOKOLLE, Sitzung des engern Komitees vom 16. Dezember 1904.

<sup>122</sup> Be V 1884, 87.

<sup>123</sup> Be V 1884, 94. Er hatte seine Niederlage schon in den Titelgedichten «Schärmausers Resignation», Be V 1884, 87, «Zweierlei Souveränität», Be V 1884, 90, «Den anonymen Briefschreibern», Be V 1884, 93, glossiert.

Dürrenmatt liess sich erst wieder bei den Erneuerungswahlen von 1893 aufstellen und schnitt nicht schlecht ab. Er erhielt 4226 Stimmen; auf den radikalen Kandidaten Bangerter fielen 5376 Stimmen<sup>124</sup>. (Nationalrat Bangerter war der Führer der Gesellschaft gewesen, die im Jahre 1887 den Wahlsieg des radikalen Gugelmann in Herzogenbuchsee feiern wollte und von der dann zwei Teilnehmer Dürrenmatt auf der Redaktion überfielen<sup>125</sup>.)

Das beste Resultat in einer Nationalratswahl in den neunziger Jahren erzielte Dürrenmatt im Jahre 1894, als eine Nachwahl für den verstorbenen Nationalrat Burkhalter getroffen werden musste. Ihm gegenüber stand der konservative Grossrat Johann Rudolf Steinhauer, bis dahin Mitglied der Volkspartei. Er lehnte eine ihm von den Konservativen im Amte Frauenbrunnen angetragene Kandidatur ab, liess sich aber später von den Freisinnigen portieren<sup>126</sup>. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen während des Wahlkampfes<sup>127</sup>. Dürrenmatt hat Steinhauer diesen «Verrat an der Partei» nie verziehen, dies um so weniger, als Nationalrat Steinhauer nicht gerade zu den aktiven und bedeutenden Vertretern im Rate gehörte. Dürrenmatt unterlag Steinhauer nur mit 5082 gegen 5705 Stimmen<sup>128</sup>. 1896 war das Stimmenverhältnis wieder bedeutend ungünstiger, Dürrenmatt erhielt 3478, Steinhauer mit der geringsten Stimmenzahl der radikalen Liste 5230 Stimmen<sup>129</sup>.

Hier möchte ich an einem Beispiel zeigen, wie Dürrenmatt auf eine Wahlniederlage zu reagieren pflegte:

#### *Ratsherrenschüssen*<sup>130</sup>

«Nun ist er ganz und gar zerknirscht  
Und drückt sich in die Ecke;  
Den wie ein Häslein wir gepirscht,  
Da liegt er auf der Strecke.

<sup>124</sup> Be V 1893, 87. <sup>125</sup> Siehe S. 59 ff. <sup>126</sup> Be V 1894, 11.

<sup>127</sup> Be V 1894, 10–12. <sup>128</sup> Be V 1894, 13. <sup>129</sup> Be V 1896, 87.

<sup>130</sup> Be V 1896, 87.

Ihm ward zum bittern Ach und Weh  
Der Hoffnung letztes Häufchen;  
Er trinkt gewiss nur Lindentee,  
Verschmäh't sogar sein Pfeifchen.

Und ist er auch nicht mausetot,  
Sind's seine letzten Gesten;  
Der ‚Burdlef Sturm‘<sup>131</sup>, der Buchsi-, Bot‘<sup>132</sup>,  
Die geben ihm den Resten.

Vergessen sei der saure Wein,  
Der wässerige Neue;  
Mehr als drei Wochen Sonnenschein  
Uns *dieser Tag* erfreue.»

So hört's der Sänger schiessen, schrei'n  
Aus schadenfrohen Scharen;  
Ihn aber freut der Sonnenschein  
Noch wie vor dreissig Jahren.

Ihm wird der Wahlschmerz zum Gedicht,  
Wenn ihm die Mehrheit grollte,  
*Verbittert sein* – das kann er nicht  
Wenn hundert Mal er wollte.

O knallt recht lang bei Sang und Klang  
zu stummer Ratsherr'n Ehren;  
*Dieweil wir dann drei Jahre lang*  
*Nichts mehr von ihnen hören!*

Das Wahlergebnis 1899 war, allerdings bei schwächerer Stimmbeteiligung, für Dürrenmatt noch unerfreulicher; er bekam nur 2594 Stimmen, Nationalrat Bangerter 4821<sup>133</sup>.

Interessant ist die Wahl im Jahre 1902. Diesmal gelang Dürrenmatt der grosse Sprung, und zwar schon im ersten Wahlgang. Es fällt schwer zu sa-

<sup>131</sup> Gemeint war der in Burgdorf erscheinende «Berner Volksfreund».

<sup>132</sup> Es handelte sich um den «Berner Landboten», der in Herzogenbuchsee herausgegeben wurde.

<sup>133</sup> Be V 1899, 87.



gen, worin der Grund zu Dürrenmatts Sieg lag, denn diese Wahl unterschied sich von den vorhergehenden in mancherlei Beziehung. Einmal ermangelte die freisinnige Partei des Oberaargaus einer energischen und geschlossenen Führung, wie dies zu den Zeiten eines Andreas Schmid gewesen war. Zwischen den einzelnen Ämtern (Aarwangen, Burgdorf, Fraubrunnen und Wangen) herrschten starke Rivalitäten, die sich oft nur mit Mühe und Not überbrücken liessen<sup>134</sup>. Dazu kam, dass die Idee des Proporz die beiden Minoritätsparteien, Volkspartei und Sozialdemokraten, einander näherbrachte. Diese beiden Parteien schlossen für die Erneuerungswahlen in den Nationalrat ein Wahlkartell ab<sup>135</sup>. Sie stellten die beiden Kandidaturen Ulrich Dürrenmatt und Gustav Müller, Finanzdirektor der Stadt Bern, auf. Ausserdem wandte die Bernische Volkspartei eine andere Taktik in der Wahlpropaganda an. Bisher wurde die Wahlagitation von der Oberaargauischen Volkspartei geführt, diesmal wurde die Kampagne wesentlich verstärkt und von Bern aus geleitet. Es war der Volkspartei sehr an einer Wahl Dürrenmatts gelegen. Auf Anregung von Sekretär Burren wurde ein Komitee gebildet, das den Wahlfeldzug leiten sollte. Man beschloss, sogenannte «Kampfnummern» des «Berner Tagblatts» den Wählern im Oberaargau zuzustellen, da «die ‚Berner Volkszeitung‘ nicht wohl in der Lage [sei], für die Wahl ihres Redaktors Propaganda zu machen.»<sup>136</sup> Die Kosten der Agitation wollte die Partei übernehmen. Die Gesamtkosten betrugen schliesslich 1340 Franken. Das Zentralkomitee bewilligte eine Summe von 500 Franken aus der Parteikasse, für den Restbetrag wurde eine Sammlung unter den Gönnern veranstaltet<sup>137</sup>.

Schliesslich trat noch ein ganz anderer Umstand hinzu. Aus dem Militärdienst im Herbst 1902 waren mehrere Soldaten in den Oberaargau zurückgekehrt, die in der Folge an Typhus erkrankten; es gab mehrere Todesfälle. Es entstand eine lebhafte Kontroverse um die Schuldfrage, und Dürrenmatt war in seiner Stellungnahme nicht eben zimperlich. Unter

<sup>134</sup> Vgl. *Bund* 1902, 284, 290, 1. Bl., 300, 1. Bl., 302. Es soll noch beigelegt werden, dass der Korrespondent des *Bund* während des Wahlkampfes beteuerte, die Popularität Dürrenmatts sei unzweifelhaft im Sinken begriffen. *Bund* 1902, 284.

<sup>135</sup> Be V 1902, 85.

<sup>136</sup> PROTOKOLLE, Sitzung des Zentralkomitees vom 7. Oktober 1902.

<sup>137</sup> PROTOKOLLE, Sitzung des engern Komitees vom 9. Dezember 1902.

anderem gab er solchen Stimmen in seiner Zeitung Raum, die gegenüber der militärischen Führung den Vorwurf erhoben, die Überanstrengung habe die Soldaten für die Krankheit besonders anfällig gemacht<sup>138</sup>. Er warf dem Bundesrat vor, die Prüfung der Ursachen des Unglücks sei zu wenig sorgfältig vorgenommen worden. Im Nationalrat schliesslich kämpfte er darum, dass die betroffenen Familien endlich eine ausreichende Unterstützung erhielten, interessanterweise wurde er hierbei tatkräftig von Oberst Künzli sekundierte<sup>139</sup>. Auf freisinniger Seite wurde Dürrenmatts Einstellung und Vorgehen in dieser Angelegenheit als skandalös bezeichnet. In mehreren radikalen Blättern wurde sein Wahlsieg mit der Bemerkung apostrophiert: «Dürrenmatt – Nationalrat von Typhusgnaden!»<sup>140</sup>

Als die Konservativen am 8. November 1902 im «Schweizerhof» in Bern Dürrenmatts Nationalratssitz feierten<sup>141</sup>, gab es wegen dieser Affäre noch ein kleines Nachspiel. Nationalrat Ernst Wyss, der ebenfalls anwesend war, musste sich danach von der «Basler Zeitung» die heftigsten Vorwürfe gefallen lassen. Sie rügte, dass ein Oberstleutnant sich dazu hergebe, an einem Bankett für einen Nichtmilitaristen, der an der Armeeführung unberechtigte Kritik übe, teilzunehmen und einen Toast auf ihn auszubringen<sup>142</sup>.

Im Jahre 1905 hatte sich das Verhältnis zwischen Volkspartei und Sozialdemokraten merklich abgekühlt. Dürrenmatt liess sich nach anfänglichem Zögern – er fühlte sich den Sozialdemokraten bis zu einem gewissen Grade moralisch verpflichtet<sup>143</sup> – bestimmen, kein neues Wahlbündnis einzugehen. Die Freisinnigen der Ämter Aarwangen, Fraubrunnen und

<sup>138</sup> Vgl. Be V in den Monaten Oktober und November 1902.

<sup>139</sup> Be V 1902, 102. – Bund 1902, 350, 2. Bl.

<sup>140</sup> Vgl. *Berner Landbote* 1902, 89 und 90. – *Bund* 1902, 300, 1. Bl., 301, 1. Bl., 302, 1. und 2. Bl., 304, 1. Bl. Der *Bund* gab ausserdem folgende Kommentare zu Dürrenmatts Wahl: «Die Wahl des Herrn Dürrenmatt ist der schwarze Punkt des gestrigen Wahlsonntags. Dieser schwarze Punkt gibt den Nationalratswahlen die Signatur...» (*Bund* 1902, 300, 1. Bl.) – An anderer Stelle: «Die zwölf Soldaten, die bis jetzt der Seuche zum Opfer gefallen sind, starben Herrn Dürrenmatt sehr gelegen.» (*Bund* 1902, 302, 1. Bl.)

<sup>141</sup> *Berner Tagblatt* 1902, 532, 2. Bl.

<sup>142</sup> *Basler Zeitung und Handelsblatt* 1902, 45. – *Berner Tagblatt* 1902, 539, 1. Bl.

<sup>143</sup> PROTOKOLLE, Sitzung des engern Komitees vom 10. Oktober 1905.

Wangen waren bereit, seine Wiederwahl zwar nicht zu unterstützen, aber doch stillschweigend zu dulden. Deshalb beschlossen sie, nur drei Kandidaten aufzustellen und den vierten Platz auf ihrer Liste freizulassen<sup>144</sup>. Die Burgdorfer aber konnten sich mit diesem Parteibeschluss gar nicht befreunden. Sie stellten in letzter Minute Ständerat Morgenthaler (bis Ende 1905 Regierungsrat) als direkten Gegenkandidaten gegen Dürrenmatt auf<sup>145</sup>. Die Sozialdemokraten portierten noch einmal Gustav Müller<sup>146</sup>. So entbrannte in den letzten Tagen ein heftiger Wahlkampf, der zur Folge hatte, dass im ersten Wahlgang nur die Herren Gugelmann und Hofer, die sowohl auf der konservativen als auch auf der freisinnigen Liste aufgeführt worden waren, das absolute Mehr erreichten<sup>147</sup>. Für die Stichwahl präsentierte sich die Lage genau gleich: In Herzogenbuchsee, Langenthal und Fraubrunnen verhielten sich die Freisinnigen Dürrenmatt gegenüber neutral oder unterstützten ihn, von Burgdorfaus wurde er leidenschaftlich bekämpft<sup>148</sup>. Trotz dieser Befehdungen ging Dürrenmatt mit der höchsten Stimmenzahl aus der Nachwahl hervor, übrigens mit der höchsten Stimmenzahl, die er je in einer Nationalratwahl erreicht hatte, 6349<sup>149</sup>.

Dürrenmatt folgerte aus diesem Ergebnis, dass er ohne Bündnis mit den Sozialdemokraten weit besser abgeschnitten habe und wahrscheinlich auch 1902 ein besseres Resultat erreicht hätte<sup>150</sup>. Diese Behauptung lässt sich nicht beweisen. Die Verhältnisse und Voraussetzungen waren völlig verschieden von denen von 1902. Diesmal konnte Dürrenmatt auch einmal davon profitieren, dass er als «Bisheriger» kandidieren konnte. Nicht umsonst hatte er sich früher immer wieder darüber beklagt, das Volk wähle einfach unbesehen alle «Bisherigen», abgesehen von Ausnahmen, die durch besondere wirtschaftliche oder politische Umstände hervorgerufen wurden, wie etwa die Missstimmung wegen des Alkoholmonopols 1887 im Oberaargau, oder in Fällen, bei denen die Kandidaten selber in persönlich unliebsame Affären verwickelt waren, wie Theodor Surbeck 1899.

<sup>144</sup> PROTOKOLLE, Sitzung des engern Komitees vom 29. August und 10. Oktober 1905.

<sup>145</sup> Be V 1905, 81 und 84. – *Berner Landbote* 1905, 83 und 86.

<sup>146</sup> Be V 1905, 85. <sup>147</sup> Be V 1905, 87.

<sup>148</sup> Be V 1905, 88. – *Berner Landbote* 1905, 87 und 88.

<sup>149</sup> Be V 1905, 89.

<sup>150</sup> PROTOKOLLE, Sitzung des engern Komitees vom 5. Dezember 1905.

Die Bernische Volkspartei unterstützte Dürrenmatts Wahlkampagne erneut kräftig; es wurde wiederum in Bern ein Pressekomitee gebildet, unter Redaktor Burren, als Kampforgan wurde auch diesmal das «Berner Tagblatt» eingesetzt<sup>151</sup>.

Schliesslich möchte ich noch einige Bemerkungen beifügen über die verschiedenen Wandlungen die in Dürrenmatts Verhältnis zu den Freisinnigen im Ob- und Nid- aargau zutage treten. Nach den verbissen und unerbittlich geführten politischen Auseinandersetzungen und persönlichen Befehdungen der achtziger Jahre gelang es Dürrenmatt allmählich, auch bei den radikalen Ortsmatadoren eine gewisse Anerkennung und Achtung zu erringen. Sogar der Kampf mit dem gegnerischen Parteiblatt, dem «Berner Landboten» (Fortsetzung des «Freien Berner»), verlor mit den Jahren ein wenig an Leidenschaftlichkeit. Dies führte schliesslich dazu, dass Dürrenmatt mit Hilfe der Freisinnigen im Dezember 1899 in den Gemeinderat von Herzogenbuchsee gewählt wurde<sup>152</sup>, dem er bis zu seiner Demission Ende 1905 angehörte<sup>153</sup>.

Wie wir anlässlich der Nationalratswahlen von 1905 gesehen haben, entschärfte sich auch sein Verhältnis zu den Langenthaler Radikalen, nur zum Burgdorfer Freisinn kam es nie zu einem einigermaßen erträglichen Ausgleich. Der «Burgdorfer Volksfreund» verurteilte jedes Entgegenkommen gegenüber Dürrenmatt und titulierte seine kompromissfreudigeren Gesinnungsgenossen mit «Schwarzfreisinnigen». Wie sich das Verhältnis zu diesen «Schwarzfreisinnigen» schliesslich anliess, erhellt vielleicht am besten der Nachruf, den der «Unteremmentaler» Dürrenmatt widmete: «Uli Dürrenmatt war politisch unser Gegner... Persönlich war Dürrenmatt ein hochachtbarer Mann, und wenn er mit schneidigen Waffen seine Überzeugung verfocht, so war das sein gutes Recht. Und das ist unbestreitbare Tatsache: wenn Dürrenmatt in seiner langen öffentlichen Wirksamkeit auch nur wenig Positives aufgebaut hat, so war er doch gleichwohl ein wichtiger und eminent nützlicher Faktor im öffentlichen politischen Leben; er war die regulierende Bremse, die in der kantonalen und eidgenössischen Politik manchen allzu gewagten ‚Weitsprung‘ ein-

<sup>151</sup> PROTOKOLLE, Sitzung des engern Komitees vom 29. August und 10. Oktober 1905.

<sup>152</sup> Be V 1899, 102. <sup>153</sup> Be V 1905, 101.

dämmte. Deshalb auch haben einsichtige Männer es je und je begrüsst, wenn Dürrenmatt in den Wahlkämpfen für den Grossen Rat und zweimal auch für den Nationalrat siegte. Ein so kluger eigenartiger Kopf und makellos rechtlicher Mann gehörte in die Räte, und die Lücke, die er nun hinterlässt, wird man spüren...»<sup>154</sup>

Es ist zu erwähnen, dass sich in den letzten Lebensjahren das Verhältnis Dürrenmatts zu den Radikalen erneut verschlechterte. Dies ging hauptsächlich auf die Unvereinbarkeit der Standpunkte in der Lötschbergfrage zurück. Diese Gegensätze wirkten sich auf die Beziehungen der beiden Parteien in Herzogenbuchsee aus und fanden ihren Niederschlag in dem unerfreulichen Wahlkampf, den der Sohn von Ueli Dürrenmatt, Dr. Hugo Dürrenmatt, zu bestehen hatte, als er sich um die Nachfolge seines Vaters im Grossen Rat bewarb. Die gehässige Wahlkampagne der Radikalen war nicht so sehr auf den Sohn als auf den Vater gemünzt<sup>155</sup>.

Bemerkenswert bei Dürrenmatt bleiben die betont guten Beziehungen, die er zu den Sozialdemokraten hatte. Bei allen politischen Gegensätzlichkeiten, die sowohl unvereinbar wie unversöhnlich waren, und bei allen Meinungsverschiedenheiten, die in unverminderter Heftigkeit in der Presse und im Grossen Rat aufeinanderprallten, bleibt doch die gegenseitige Achtung und Respektierung dominierend. Dies ermöglichte auch, dass, ausserhalb der Politik, Dürrenmatt freundschaftliche Beziehungen zu führenden Sozialdemokraten wie Gustav Müller, Karl Zraggen, Dr. Brüstlein und vor allem zu Karl Moor unterhielt.

<sup>154</sup> ANDENKEN, 28 f.

<sup>155</sup> DÜRRENMATT, Politische Erinnerungen und Erfahrungen, I.